

BILDUNG REAL

Das Magazin des Verbandes Deutscher Realschullehrer und der Lehrkräfte an Schulen im Sekundarbereich



BERUFLICHE ORIENTIERUNG

Berufsorientierung im Wandel?!

16 | **LEHRKRÄFTE WEHREN SICH**
Absage an Maßnahmen der Ständigen
Wissenschaftlichen Kommissionen

20 | **didacta**
Wir brauchen ein engeres Miteinander
von Schule und Wirtschaft

24 | **KÜNSTLICHE INTELLIGENZ**
Schulen im Wandel



5 Schwerpunktthema – ab Seite 5 widmen wir uns der Berufsorientierung aus vielen unterschiedlichen Perspektiven ...



10 Qualitätsmerkmal in 16 Bundesländern: Das Berufswahl-SIEGEL



20 Bildungspolitische Forderungen seitens des Didacta Verbands zum Auftakt der diesjährigen didacta Messe in Stuttgart

EDITORIAL	4
IMPRESSUM	4
EINBLICKE UND AUSBLICKE	
Berufsorientierung – Woran orientieren sich eigentlich die Ausbilder?	5
TEIL II: JÜRGEN BÖHM IM ZEIT ONLINE-INTERVIEW ÜBER FACHKRÄFTEMANGEL	6
3 FRAGEN AN ...	
Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler	8
„DIE PÄDAGOGIK HIERZULANDE HAT SYSTEMATISCH DIE KINDER UNTERFORDERT“	
Prof. Dr. mult. Wassilios Fthenakis im AixConcept-Interview	9
BERUFSWAHL-SIEGEL	
Eine Auszeichnung für exzellente Berufsorientierung am Beispiel der Conrad-Graf-Preysing Realschule	10
DIE GENERATION Z ERLEBT DIE BERUFSORIENTIERUNG ANDERS	12
NEUE WEGE IN DER BERUFLICHEN ORIENTIERUNG	
Das Limburger Modell	14
PRESSEMITTEILUNGEN	15
Man kann dem Lehrermangel nur mit Qualität und Wertschätzung begegnen Der Abschied von der Vernunft – Spirale nach unten in Gang gesetzt	
VDRJUGEND REAGIERT AUF EMPFEHLUNGEN DER SWK	16
RESILIENZ IN ALLTAG UND BERUF	
Die innere Widerstandskraft stärken	18
DIDACTA 2023	
Bildung muss zur gesellschaftlichen Hauptaufgabe werden	20
Jürgen Böhm: Wir benötigen ein engeres Miteinander von Schule und Wirtschaft	22
KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IN DER SCHULE	
„Wir brauchen klare Regeln!“	24
dbb GEWERKSCHAFTSTAG 2023: STAAT. MACHEN WIR.	26

AUS DEN LÄNDERN	
Hessen: Gelungener 1. Hessischer Grundschultag	28
Sachsen-Anhalt: Schulprojekt – erster Tiny Forest in Schkopau	29
Nordrhein-Westfalen: Hausgemachter Lehrkräftemangel	30
Bayern: KI@school – Schulen entwickeln pädagogischer Konzepte	31
Schleswig-Holstein: Bildungsbericht unter die Lupe genommen	32
VDR-FRAUENVERTRETUNG	
Missstände benennen, Lösungen finden, Frauen stärken	38
VDR-LÄNDERSPIEGEL	40
TIPPS, TERMINE, TAGUNGEN	42



26 „Gestalter der Zeitenwende“ – so bezeichnet Bundeskanzler Olaf Scholz den öffentlichen Dienst auf dem dbb Gewerkschaftstag

Anzeige

ÖFFENTLICHER DIENST

IHR KÜMMERT EUCH UM STRUKTUR

WIR STRUKTURIEREN EURE VORSORGE

Facebook Instagram Twitter TikTok YouTube LinkedIn

Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

Bildmaterial für Collage Seite 1: AdobeStock



Waltraud Eder,
Chefredakteurin „Bildung Real“

Wir Lehrkräfte sind nicht die Verfügungsmasse des Staates

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine Hauptmeldung in den Medien hat uns Lehrerinnen und Lehrer erschüttert: Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) hat Vorschläge vorgelegt, wie wir uns als Staatsbedienstete einbringen sollen, um dem Lehrermangel bundesweit zu begegnen.

Die Ideen reichen hier von der Begrenzung der Möglichkeit zur Teilzeitarbeit über eine Anpassung der Klassenfrequenzen, einer allgemeinen Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bis hin zum Hybridunterricht und zur Erhöhung der Selbstlernzeiten von Schülerinnen und Schülern als neue Unterrichtsformen. Da gleicht es fast einem Schlag ins Gesicht, wenn die SWK gleichzeitig und im selben Papier davon spricht, die Maßnahmen zur Lehrgesundheit zu erhöhen. Regierungen einzelner Bundesländer sehen in diesen Empfehlungen praxisnahe und realistische Möglichkeiten zur Bekämpfung des Lehrermangels und haben bereits erste entsprechende Maßnahmen angekündigt.

Wir im Verband haben uns deutlich zu den Forderungen geäußert und auch die Jugendvertretung

des VDR hat sich mit einer Aktion bemerkbar gemacht, die enorme Reichweiten erzielen konnte.

Wir müssen weiterhin laut sein und uns entsprechend darstellen: Deshalb sind wir auch wieder auf der Bildungsmesse didacta, die in diesem Jahr in Stuttgart stattfindet, auf Podien und mit unserem Stand vertreten. Unsere Landesbünde präsentier(t)en sich auf ihren Bildungskongressen, um sich politisches Gehör zu verschaffen. Und wir festigen weiterhin unser maßgebliches Profil der beruflichen Orientierung, die eine unserer starken Säulen in unserer Realschul- und Sekundarbildung ist.

Die Wirtschaft ist nach wie vor auf der Suche nach unseren Absolventinnen und Absolventen und schätzt die Ausbildung, die wir an unseren Schulen bieten und leisten.

Kurz: Wir werden weiterhin gemeinsam einstehen für unsere Bildung im Land, als Lehrerinnen und Lehrer, die um ihre Fähigkeiten und ihr Können wissen.

Ihre Waltraud Eder,
Chefredakteurin

www.vdr-bund.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Deutscher Realschullehrer
Mitglied im Deutschen Beamtenbund (dbb) und im Deutschen Lehrerverband (DL)

Verband der Lehrerinnen und Lehrer im Sekundarbereich
Jürgen Böhm
Dachauer Str. 44 a · 80335 München
Tel.: +49 (89) 55 38 76
Fax: +49 (89) 55 38 19
info@vdr-bund.de

Verlag

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Layout

Daniela Boudgoust, www.bizzdesign.de

Chefredakteurin

Waltraud Eder
Dachauer Str. 44 a · 80335 München
Tel.: +49 (1520) 1957242
eder@vdr-bund.de

Redaktionsteam

Bernd Bischoff, Sven Christoffer,
Dirk Meußner, Anna Katharina Müller

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung wieder.

Zuschriften

Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke erbeten an die Schriftleitung. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Verantwortung, für unverlangt eingehende Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. Alle Rechte, auch auszugsweisen Nachdrucks der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, bleiben vorbehalten.

Anzeigenverwaltung

A.V.I. A. V. I. Allgemeine Verlags- und Informationsgesellschaft mbH
Hauptstraße 68a
30916 Isernhagen
Tel.: +49 (05139) 98 56 59-0
Fax: +49 (05139) 98 56 59-9
info@avi-fachmedien.de
z. z. gültige Preisliste Nr. 13 vom 1.2.2023

Bestellungen und Adressänderungen

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Bildmaterial

Soweit nicht anders gekennzeichnet, stammen die Fotos aus dem VDR-Archiv.

Erscheinungsweise

Die BILDUNG REAL erscheint 3 x jährlich.
Redaktionsschluss: 4 Wochen vor Erscheinen.

Bezugsbedingungen

Das Bezugsgeld ist für Mitglieder des VDR im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Inland: Jahresabonnement € 15,-
Einzelheft € 5,50 jeweils zuzüglich
Versandkosten. Alle Preise enthalten
die gesetzliche MwSt.

Ausland: Jahresabonnement € 18,-
zuzüglich Versandkosten und gesetzliche MwSt.
Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein
Jahr, wenn bis zum 1. Dezember keine Abbestellung vorliegt.

Erfüllungsort und Gerichtsstand

Pfaffenhofen

**Redaktions- und Anzeigenschluss
für die Ausgabe Nr. 3-4/2023
ist der 27. Mai 2023**

Berufsorientierung – Woran orientieren sich eigentlich die Ausbilder?

Worauf können sich die Ausbilder in der Wirtschaft bei der Einstellung in die duale Berufsausbildung noch verlassen?

Diese Frage begegnet mir in den vergangenen Jahren immer häufiger.

Gemeint ist wohl: Was steht hinter den formalen Abschlüssen und welche Qualität, welche Leistungen und Kompetenzen werden von den jungen Menschen denn wirklich erreicht. Die qualifizierten Fachkräfte der Zukunft sind gesucht, jedoch müssen diese auch gewisse Qualitäts-, Wissens- und Kompetenzvoraussetzungen mitbringen.

Viele Unternehmer und Berufsbildner fordern, dass man sich (wieder) auf die attestierte und vorgespiegelte Qualität der Abschlüsse verlassen können muss. Was wir gerade in einigen Schulen und Schulformen in Deutschland erleben, ist jedoch eine Aushöhlung der Abschlussqualität und eine Gleichmacherei und Entwertung eben dieser Abschlüsse.

Gerade der Realschulabschluss – nicht eine windelweiche Konstruktion wie „mittlerer Schulabschluss“ oder ähnliche Kunstbegriffe – ist in seiner hohen Qualität gefragt wie nie. Dieser Abschluss muss aber auch als Qualitätssiegel mit einer Prüfung erreicht werden und mit Inhalten hinterlegt sein. Dazu gehören neben dem vergebenen Siegel, auch die Möglichkeit, dass sich die jungen Menschen in möglichst leistungshomogenen Lerngruppen auf diesen Abschluss vorbereiten können. Ebenso und Gleiches gilt für den starken Hauptschulabschluss, der gerne wegdiskutiert wird, aber wichtiger denn je wäre.

Wir vergeben nämlich in unserem Land nur drei (!!!) allgemeinbildende Schulabschlüsse – das Abitur – den Realschulabschluss – den Hauptschulabschluss! Mehr gibt es nicht und alles andere ist Augenwischerei. Es ist mittlerweile zur Lieblingsbeschäftigung der Bildungspolitik geworden,

neue Hüllwörter zu erzeugen, die vorgaukeln, dass irgendeine Form des Schulabschlusses erreicht wurde.

Das Problem der Heterogenität und der Leistungsfähigkeit löst man nicht mit Ignoranz oder Kreativität, sondern mit Differenzierung und Leistungsanforderungen. Auch das Märchen von der Binnendifferenzierung, von gemischten Lerngruppen, die nur richtig geführt werden müssen, glaubt wohl mittlerweile niemand mehr. Eine klare äußere Fach-Leistungs-Differenzierung ist gefragt, die nur in abschlussbezogenen Klassen erreicht werden kann. Dazu gehören von Anfang an klare Zuordnungen und die Konzentration auf den jeweiligen zu erreichenden Abschluss. Basta. Träumereien von Gemeinschaftsschulen, wo alle alles erreichen ist eine Wahnvorstellung, die unsere Abschlussqualität immer weiter sinken lässt.

Wir können Bezeichnungen erfinden und Schulformen umbenennen: Am Ende bleibt die Hauptaufgabe die beiden neben dem Abitur erreichbaren Schulabschlüsse, den Realschulabschluss und den Hauptschulabschluss, mit der entsprechenden Qualität zu hinterlegen.

Wir müssen wieder mehr Orientierung in unsere Bildungslandschaft bringen – nicht Struktur zählt, nicht Gleichmacherei, nicht Verneinung von Leistung. Das sind wir den Ausbildungsunternehmen und auch den Schülerinnen und Schülern schuldig, und das ist auch ein entscheidendes Qualitätsmerkmal der Berufsorientierung.

Text: Jürgen Böhm
info@vdr-bund.de



„Die Schule ist nicht REPARATURWERKSTATT einer kaputten Gesellschaft“



An Gymnasien werde das Potenzial künftiger Fachkräfte verschwendet, sagt der Vorsitzende des Verbands Deutscher Realschullehrer: „Das fällt uns jetzt auf die Füße.“

ZEIT ONLINE: Wer kein Abitur hat, gilt im deutschen Arbeitsmarkt oft als chancenlos. Sind Realschulabschlüsse also nichts mehr wert?

Jürgen Böhm: Im Gegenteil. Ich kenne keinen Realschulabsolventen in Bayern, der keine Lehrstelle bekommt.

Und außerhalb von Bayern?

In Baden-Württemberg ist es ähnlich gut. Auch in Nordrhein-Westfalen gibt es nach wie vor an die vierhundert Realschulen. Die Realschule gilt immer noch als essenziell für eine Ausbildung. Wo die Realschule mit anderen Schulformen zusammengelegt oder ganz abgeschafft wurde, merken die Menschen mittlerweile, dass man genau das Gegenteil erreicht: Immer weniger junge Menschen wollen eine Lehre machen, während der Bedarf an Fachkräften wächst.

Wie konnte es dazu kommen, dass Bildungsabschlüsse unterhalb des Abiturs mittlerweile einen so schlechten Ruf genießen? Haben die Real- und Hauptschulen schlechte Arbeit geleistet?

Es wird teilweise so dargestellt, als hätten die Real- und Hauptschulen einen schlechten Ruf. Aber so ist es nicht. Ich kenne sehr viele erfolgreiche Realschulabsolventen, die über den Ausbildungsweg Karriere gemacht haben. Wir müssen auch den Lehrkräften in den Grundschulen vermitteln, dass eine Empfehlung, die sie für die Schüler am Ende der Grundschulzeit aussprechen, keine Wertigkeit ausdrückt. Ob die Kinder aufs Gymnasium, die Real- oder Hauptschule gehen, ist gleich viel wert. Es ist kein Makel, wenn man nicht auf ein Gymnasium oder eine Gesamtschule geht. Den Eltern wird stattdessen suggeriert, der höchste Abschluss sei auch der beste Abschluss für ihr Kind.

Sie sind nicht nur Bundesvorsitzender des Deutschen Realschulverbands, sondern auch dessen Landesvorsitzender in Bayern. Dort hält man am dreigliedrigen Schulsystem fest. Trotzdem ist auch in Bayern die Anzahl der Auszubildenden rückläufig. Ist die Realschule also kein Garant mehr dafür, die Schüler auf Ausbildungsberufe vorzubereiten?

In Bayern ist es immer noch besser als im Rest des Landes. Wenn man den Realschulabschluss als Qualitätssiegel betrachtet, ist das die Basiskompetenz für die weitere Entwicklung im Bereich der Fachkräfte. Davon bin ich überzeugt. Wir haben ungefähr 250.000 Realschülerinnen und -schüler in Bayern. Industrie und Handwerk sind extrem auf uns angewiesen.

Realschule hat ein ganz klares Profil für die Berufliche Orientierung

Offenbar reicht das aber nicht, um die Zahl der Auszubildenden zu erhöhen. Was unternehmen die Realschulen in Bayern dagegen?

Unsere Realschulen bieten eine klare Berufsorientierung spätestens ab der siebten Jahrgangsstufe, sie trumpfen mit Kooperationen und besten Beziehungen zur regionalen Wirtschaft. Auch die ökonomische Bildung ist fest in der Realschule verankert, ebenso die gezielte Förderung des Unternehmertums. Die Realschule hat hier ein ganz klares Profil mit regelhaften Fächern. Azubis mit Realschulabschluss sind heiß begehrt.

Allein in den naturwissenschaftlich-technischen Berufen fehlt es derzeit an über 300.000 Fachkräften. Wie kann es sein, dass in diesem Land so viel über eine bessere Schulausbildung gesprochen wird und trotzdem ein akuter Mangel an Fachkräften besteht?

Man hätte in den Schularten, die zu einem Mittleren Bildungsabschluss führen, die Profilbildung noch stärker vorantreiben sollen – also etwa die Fächer für technische Berufe. Aus Betrieben, großen Ausbildungsfirmen und dem Mittelstand in Bayern höre ich, sie könnten ohne qualifizierte Realschulabsolventen den Laden dichtmachen. Ich sehe die Lösung in der Stärkung der Schulformen, die zu einem Mittleren Bildungsabschluss führen und dort schon das Interesse für Technik, Ökonomie und Soziales wecken. Da sehe ich die Gesamtschulen und die Gymnasien inhaltlich nicht richtig aufgestellt.

Den Kindern zeigen, wo ihre Potenziale und Talente liegen

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil fordert, die Berufsorientierung müsse bereits in den Schulen beginnen, zum Beispiel mit einem Schulfach ab der siebten Klasse, das stärker auf handwerkliche Berufe ausgerichtet ist. Gibt es so etwas in Bayern auch?

Ja. Die berufliche Orientierung ist eine Querschnittsaufgabe an Realschulen. Bei der Kreation von Schulfächern bin ich allerdings sehr vorsichtig. Ich glaube, wir haben fächerübergreifend die Möglichkeit, berufliche Orientierung zu betreiben. Wo ich Heil recht gebe: Man muss Potenzialanalysen machen, man muss den Kindern zeigen, wo ihre Fähigkeiten liegen. Talente gibt es in jeder Schulform. Jedes Kind hat Talent. Ich bin auch ein klarer Verfechter von ökonomischer Bildung. Die Angst vor der Wirtschaft muss endlich aufhören.

Müssten die Schulen nicht erst einmal bei den elementaren Kenntnissen ansetzen, etwa in der Rechtschreibung und beim Rechnen? Da gibt es unter deutschen Schülern ja erschreckende Defizite, übrigens auch unter Abiturienten.

Ja, da stimme ich Ihnen zu. Wir müssen wieder mehr einfordern, gerade in diesen Kernbereichen von Deutsch und Mathematik. Wir haben über Jahre hinweg Rechtschreibleistungen vernachlässigt, es durften keine Diktate mehr geschrieben werden, es

gab fragwürdige pädagogische Konzepte wie phonetisches Schreiben, also Schreiben nach Gehör. Das sind für mich Fehlentwicklungen. Natürlich haben unsere Kinder auch deshalb Probleme mit dem Schreiben, weil viel zu wenig geschrieben und die Leistung auch nicht eingefordert wird. Das richtige Schreiben muss man auch mit einem Computer beherrschen. Abgesehen davon bin ich aber überzeugt, dass auch die Handschrift wichtig ist, motorisch und für den Kopf.

Was ist für Sie der Sinn der Bildung?

Der Sinn der Bildung besteht darin, den Kindern das Rüstzeug zu vermitteln, um in der Zukunft bestehen zu können. In der Zukunft bestehen heißt, ich muss mit meinem Leben zurechtkommen, ich muss mich frei entwickeln können, ich muss Chancen erkennen und diese nutzen können. Da ist es egal, ob man einen Hauptschulabschluss, die Mittlere Reife oder ein Abitur hat. Wir haben drei Grundabschlüsse und die müssen die Basis bilden, um weiterzugehen. Wir verrennen uns mit Etiketten, die den Schülern je nach Schulabschluss aufgeklebt werden. Die Zukunft selbst in die Hand nehmen zu können, das ist für mich Bildung.

Das ganze Interview können Sie hier lesen. Das Interview führte Dr. Hannah Bethke. Wir danken ZEIT ONLINE für die freundliche Abdruckgenehmigung.



Anzeige

KÖRPERWELTEN MUSEEN

ANGEBOTE FÜR SCHULKLASSEN

Geeignet für fachübergreifenden & fächerverbindenden Unterricht aller Schulformen.



LERNORT: KÖRPER
Anatomie erleben & verstehen

BERLIN
TV-TURM | ALEXANDERPLATZ
TÄGLICH 10–19 UHR (letzter Einlass 18 Uhr)
berlin@koerperwelten.de

GUBEN
PLASTINARIUM
FR–SO 10–18 UHR (letzter Einlass 16 Uhr)
* Gruppenbesuche mit vorheriger Anmeldung MO–SO
info@plastinarium.de

HEIDELBERG
ALTES HALLENBAD
TÄGLICH 10–18 UHR (letzter Einlass 17 Uhr)
heidelberg@koerperwelten.de

- **Kostenloser Eintritt** für Lehrkräfte
- **Gruppenpreis** im Klassenverband ab 10 Personen
- **Didaktisches Lehrmaterial** zum Download
- **Gruppenführung** durch alle Körpersysteme
- **Kostenfreie Schüler-Online-Workshops** zum Einstieg (ca. 20 Min.)

www.koerperwelten.de/lehrer



FRAGEN AN REINER HOLZNAGEL

Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler und Kuratoriumsmitglied im Bündnis Ökonomische Bildung (BÖB).

Schüler – womöglich spätere Studenten – eine Steuererklärung abzugeben, um zum Beispiel die Kosten ihres Studiums abzusetzen. Und nicht zu vergessen: Das Themenfeld ist ein lukrativer Arbeitsbereich für junge Akademiker, weil der BWL-Student vielleicht selbst in die Steuerberatungsbranche einsteigen will, oder weil der Jurist die steuerlichen Auswirkungen bei der Gestaltung von Verträgen oder Testamenten berücksichtigen muss. Auch das Interesse an der Arbeit in der Verwaltung kann so geweckt werden.

Unterm Strich ist ein praxisnaher Unterricht lebenswichtig, weil er den Steueralltag der Kinder und Jugendlichen ernst nimmt.

Das merken wir bei unseren eigenen Besuchen: Demnächst ist unsere Steuerabteilung im Oberstufenzentrum Teltow zu Gast. Und wir erfahren die Bedeutung des Themas durch die vielen Anfragen aus Berufsschulen, die sich um unser „Lernprogramm Einkommensteuer“ drehen.

Der Bund der Steuerzahler deckt in seinem jüngsten Schwarzbuch wieder zahlreiche Fälle von Steuergeldverschwendung im großen Stil auf. Geht der Staat zu sorglos mit Steuereinnahmen um und wo besteht das größte Einsparpotenzial?

Mit dem Schwarzbuch 2021/22 und seinen 100 Fällen dokumentieren wir, dass Steuergeldverschwendung nach wie vor ein großes Problem in Deutschland ist – hier bergen wir nicht nur große Einsparpotenziale, sondern auch ganz bewusst skurrile Fälle mit kleinen Summen, die man sich besser vorstellen kann, weil sie direkt vor der Haustür stattfinden.

Mit unserem Schwarzbuch wollen wir einen konstruktiven Beitrag für die bessere Nutzung von Steuergeld leisten und schlagen deshalb alternative Investitionen vor. Unterm Strich schadet nämlich der zu sorglose Umgang mit Steuergeld dem Gemeinwesen – wie die Steuerhinterziehung. Deshalb ist Steuergeldverschwendung genauso konsequent zu bestrafen! Um die Steuermoral der Bürger allgemein zu verbessern und Steuerhinterzieher ganz konkret zu einer Selbstanzeige zu bewegen, setzt die Politik vor allem auf schärfere Kontrollen, neue Steuerabkommen und moralischen Druck. Ich meine, bei Steuergeldverschwendung sollte die Politik mit der gleichen Verve ansetzen – sie muss sich für eine effektivere Kontrolle der öffentlichen Hand öffnen. Um die Verschwendung von Steuergeld einzudämmen, müssten Gesetze dringend verschärft werden. Hierzu sollte ein neuer Straftatbestand im Strafgesetzbuch verankert werden: die Haushaltsuntreue. Er müsste zusätzlich zum „klassischen“ Untreueparagraf – dem Paragraf 266 StGB – installiert werden und ausdrücklich auf die Verfolgung und Bestrafung von Steuergeldverschwendung durch Staatsdiener und Amtsträger abzielen. Im Jubiläumsjahr unseres Schwarzbuchs, das im Herbst zum fünfzigsten Mal erscheint, engagieren wir uns ganz besonders dafür.

Die Fragen stellte Dr. David Wawrzinek

Prof. Fthenakis im AixConcept-Interview:

„Die Pädagogik hierzulande hat systematisch die Kinder unterfordert“

Ihm sei es stets darum gegangen, die Kinder zu unterstützen, die im Bildungssystem zu kurz kommen – erklärte Deutschlands renommiertester Frühpädagoge Professor Dr. mult. Wassilios Fthenakis, in einem Gespräch mit dem Journalisten Stefan Malter auf der Bildungsmesse didacta in Köln. Thema: „Schülerzentrierte Lernprozesse – das wirkliche Potenzial digitaler Technologien“. Fthenakis brach dabei eine Lanze für die Digitalisierung der Bildungseinrichtungen. Der Einsatz der Technik vergrößere die Fördermöglichkeiten enorm – und damit die Bildungschancen insbesondere von besonders förderbedürftigen Kindern.

Wassilios Fthenakis ist ein Wissenschaftler, der längst nicht mehr um Anerkennung ringen muss: Der mittlerweile 84-Jährige war dreißig Jahre lang Direktor des Staatsinstituts für Frühpädagogik in München, forschte als Professor für angewandte Entwicklungspsychologie und Familienforschung an der Universität Augsburg und anschließend als Professor für Entwicklungspsychologie und Anthropologie an der Freien Universität Bozen. Er ist Träger des Bundesverdienstkreuzes und des Bayerischen Verdienstordens, er ist Ehrenpräsident des Didacta-Verbands der Bildungswirtschaft – und er ist niemand, der mit seiner Meinung hinter dem Berg hält.

Fthenakis Fazit: „Die Pädagogik hierzulande hat systematisch die Kinder unterfordert, hat ihnen nicht die Anregung gegeben, die sie bräuchten, hat sie nicht herausgefordert, sich selbst weiterzuentwickeln“, meint Fthenakis. Es handele sich um eine „Schonungspädagogik“, die bis heute gepflegt werde – was sich in der in Deutschland besonders ausgeprägten Skepsis gegenüber digitalen Lernmitteln zeige. „Das Kind lernt, mit Ausdauer bei einer Sache zu bleiben. Die Ausdauer ist eine Zukunftskompetenz.“

Ob das ein deutsches Problem sei, will Malter wissen? Ja, meint Fthenakis – die Mentalität der Menschen hierzulande schätze Kontinuität, ein Leben möglichst ohne Brüche. Entsprechend habe sich eine Pädagogik etabliert, der zufolge ein kleines Kind ja nicht lernen müsse, sondern nett spielen solle, möglichst in einem schönen, angenehmen Raum. „Damit hat man die Kinder unterfordert“, sagt der Wissenschaftler. Er betont: „Wenn Sie Kinder von heute beobachten, die Kinder, deren Eltern früh mit ihnen gesprochen, kommuniziert haben, dann werden Sie sehen, das sind veränderte Kinder.“ Fthenakis Schlussfolgerung: Kinder ernst nehmen – und sie nicht in einem Schonraum klein halten.

Das gelte auch für den Bereich der digitalen Medien. Ende des 18. Jahrhunderts habe es eine Riesenaufregung in Deutschland gegeben – um das Lesen. Das beeinträchtigte die Gesundheit der jungen Leute, führe zu Aufmüpfigkeit und schade den Augen. 150 Jahre später sei gegen das Fernsehen gewettert worden – mit den gleichen Argumenten. „Heute führen wir hinsichtlich der digitalen Medien exakt die gleiche Debatte“, so Fthenakis. Fthenakis: „Kinder



Prof. Dr. mult. Wassilios Fthenakis
ist Professor für Erziehungswissenschaft. Er initiierte und verantwortete unter anderem den bayerischen und hessischen Bildungsplan. Ferner ist Prof. Fthenakis Chefredakteur von diversen didacta-Publikationen und Ehrenpräsident des Didacta Verbandes.

brauchen digitale Kompetenz.“ Denn schließlich seien sie es, die später – als Erwachsene – die Welt von morgen zu gestalten hätten. Kinder müssten lernen, mit der sich wandelnden Welt kreativ umzugehen.

Berufswahl-SIEGEL

Eine Auszeichnung für exzellente Berufsorientierung am Beispiel der Conrad-Graf-Preysing Realschule

Das Zertifikat wird mittlerweile in allen 16 Bundesländern ausgelobt



Die Realschule Plattling wurde erfolgreich für das Berufswahlsiegel rezertifiziert

Dies und jenes ausprobieren, eigene Talente kennenlernen, sich Tipps und Infos von Profis holen. Junge Menschen müssen Erfahrungen sammeln, bevor sie eine gute Berufswahl treffen können. Auch die Conrad-Graf-Preysing Realschule im bayerischen Plattling unterstützt die jungen Menschen dabei, ihren Traumberuf zu finden, indem sie gezielte, fächerübergreifende Vorbereitung anbietet. Dafür hat sie als eine von 55 bayerischen Schulen das Berufswahl-Siegel erhalten – zum wiederholten Male.

Um das Siegel können sich Schulen aller Schularten bewerben. Bereits im Jahr 2015 hatte Waltraud Eder in Berlin angefragt, ob es nicht auch ein Berufswahl-Siegel in Bayern geben könne. Bereits ein Schuljahr später fiel der Startschuss in Niederbayern und begeisterte die teilnehmenden Schulen. Damit wird das Berufswahl-Siegel in allen 16 Bundesländern angeboten.

Die Schulen profitieren von dieser neuen Herangehensweise und führen eine Bestandsaufnahme durch, dokumentieren, reflektieren und hinterfragen bisherige Entwicklungen in der beruflichen Orientierung. Dadurch erhält man einen Blick von außen und kann sich weiter mit strategischen Verbesserungen beschäftigen und Prozesse langfristig und

nachhaltig mit Qualität hinterlegen. Die vielen Aktionen, Events und Maßnahmen, die an den Schulen bereits stattfanden, werden einer Strukturierung und kritischen Betrachtung unterzogen und erfahren dadurch eine besondere Wertschätzung. Die Anerkennung in der Öffentlichkeit ist für die Schulen ein Schub, weiterhin engagiert und tatkräftig für die jungen Menschen zu arbeiten.

Die Realschule Plattling beginnt mit der beruflichen Orientierung bereits in der 5. Jahrgangsstufe. In rollierenden Pflichtkursen wie Forscher, Schreibwerkstatt und Alltagskompetenz – Fit für das Leben erfahren die Schülerinnen und Schüler viel im Bereich MINT, im spielerischen Umgang mit Sprache und zu Alltagsthemen wie Geld, Fake News →



Zahlen – Daten – Fakten

Bundesweit waren 2021 1.724 weiterführende Schulen mit einem gültigen Siegel ausgezeichnet, davon 871 Allgemeinbildende Schulen der Sekundarstufe I. Mehr als fünfzig Trägerinstitutionen führen vor Ort das Berufswahl-SIEGEL durch und gewährleisten mit über 1.500 meist ehrenamtlichen Jury-Mitgliedern den SIEGEL-Qualitätsmanagementprozess. Zur Jury gehören Vertreterinnen und Vertreter aus Verbänden, Institutionen, Stiftungen, dem Schulbereich, Unternehmen, der Elternschaft sowie aus Einrichtungen wie Universitäten, Bildungsbüros oder der Agentur für Arbeit.

An SIEGEL-Schulen gehört die Berufs- und Studienorientierung selbstverständlich zum Unterricht und zum jährlichen Ablauf. Dabei werden den jungen Menschen fundierte Kenntnisse über Wirtschaft, Arbeit und Beruf vermittelt. Die Schülerinnen und Schüler an SIEGEL-Schulen haben betriebliche Abläufe und Berufsbilder schon vor dem Start in Ausbildung oder Beruf erlebt – durch Praktika und Schülerprojekte. SIEGEL-Schulen verfügen über ein Netzwerk, in dem sie mit Unternehmen, Bildungsträgern und der Berufsberatung gute Berufs- und Studienorientierung umsetzen. An den SIEGEL-Schulen werden die Eltern aktiv in die Berufs- und Studienorientierung einbezogen und als Begleiterinnen und Begleiter ihres Kindes ernst genommen. Eine SIEGEL-Schule handelt nachhaltig: Sie überprüft den Erfolg ihrer Aktivitäten zur Berufs- und Studienorientierung und entwickelt sich weiter.

und Co. In der Jahrgangsstufe 6 erhalten die Schüler einen Ordner zum Frühaufsteherprojekt, in den sie alle Unterlagen zur beruflichen Orientierung einordnen können. Sie lernen und erfahren in Projekttagen, in welchen Schwerpunkten sie zu Hause sind: im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich, im wirtschaftlichen, im fremdsprachlichen und/oder im gestalterischen Bereich. Ein weiterer Schritt sind z.B. Potenzialanalysen und Assessment-Centern, die in der Jahrgangsstufe 7 mit Unternehmen durchgeführt werden und in persönlichen Einzel-Feedbackgesprächen münden. Dies ist nur der Start in eine umfangreiche und fundierte Berufsorientierung, die mit klassischen Themen abgerundet werden wie eine gute Bewerbung mit Anschreiben, Vorstellungsgespräch, Einstellungstests und Co., mit Gesprächen mit der Agentur für Arbeit, mit Vorträgen von Experten, mit Praktika aller Art und mit Betriebserkundungen oft der anderen Art. All diese Maßnah-

men enden erst mit dem sicheren Weg in die berufliche oder weiterbildende Zukunft eines jeden Jugendlichen.

Anders als noch vor einigen Jahren ist die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bei der Beruflichen Orientierung nicht mehr verpönt oder wird gar aus der Schule verbannt. Mittlerweile haben beide Seiten – Schule und Wirtschaft – erkannt, dass nur miteinander Schülerinnen und Schüler besonders gut auf ihre Ausbildungsreife vorbereitet werden können – ganz unabhängig davon, ob die jungen Menschen eine klassische duale Ausbildung anstreben oder auf eine Berufsfachschule gehen möchten oder ihren Weg zum Studium einschlagen wollen.

Text: Waltraud Eder
eder@vdr-bund.de



Jugendliche erfahren im Unterricht Spannendes aus den MINT-Berufen



Berufsmessen bieten eine ideale Möglichkeit, direkt Kontakte zur Wirtschaft zu knüpfen



Links: Beim Frühaufsteherprojekt erarbeiten die Schülerinnen und Schüler gemeinsam im Team Problemlösungen

Rechts: Auch das Fernsehen interessiert sich für reale Bildungsangebote

Man bemüht sie immer wieder – die Klischees, die Studien um die Generation Z. Ob es sich tatsächlich um Klischees handelt, sei einmal dahingestellt. Und noch eins vorweg: Seit Sokrates wissen wir, dass es zwischen den Generationen schon immer Unverständnis und Schwierigkeiten bei den verschiedenen Ansichten gab.

Tatsache ist, dass die Jugendlichen, die zwischen 1995 und 2010 geboren wurden und zur Gen Z gezählt werden, mit dem Smartphone aufgewachsen sind. Sie alle nutzen WhatsApp und Co. als digitales Kommunikationsmittel Nummer Eins. Sie nutzen YouTube-Tutorials, um sich weiterzubilden und schauen Netflix oder Disney+, um dem klassischen Fernsehprogramm zu entkommen. Sie kennen CDs höchstens aus ihrer Kindheit und haben Scheu, eine E-Mail zu schreiben, weil das für sie eine gewisse Verbindlichkeit bedeutet. Ein offizielles Telefonat kommt schon fast einer völligen Aufgabe der Anonymität gleich und wird gemieden. Manche Studien behaupten, die jungen Menschen bis 26 Jahre seien immer und jederzeit erreichbar und antworteten auch immer sofort. Das kann ich aus meinem Alltag nicht bestätigen. Vielmehr beobachte ich, dass die Online-Zeiten auch sehr bewusst und selbst festgelegt werden und auch die Reaktionen durchaus abhängig von verschiedenen Faktoren gemacht werden.

Die meisten der Jugendlichen und Heranwachsenden wurden und werden eher partnerschaftlich erzogen. Manche ihrer Eltern verwechseln das mit dem antiautoritären Erziehungsstil und lassen den zeitlich überlasteten Alltag oft völlig von den Kindern bestimmen, was diese jedoch nicht auffangen können und nur überfordert.

Abhängiger von Bewertungen

Die Generation Z habe ich kennengelernt als kritisch, allerdings auch als abhängig von Bewertungen und Rankings, die sich online finden lassen und

ihr Handeln oft mehr beeinflussen als es gut ist. Das zeugt von einer gewissen Unsicherheit und vielleicht sogar fehlenden Selbstsicherheit, die bei dieser Generation größer wirken als früher. Das Internet dient als erste, oft leider auch als einzige Informationsquelle. Inhalte, die sich online finden lassen, werden jedoch kaum oder zumindest zu wenig hinterfragt, sondern als wahr hingenommen.

Junge Menschen können zwar in manchen Bereichen relativ schnell Entscheidungen treffen, sehen diese jedoch nicht unbedingt als verbindlich an.

Und hier sind wir beim Thema

In der Berufsfindung können diese Aspekte und insbesondere der letzte eher hinderlich sein. Die jungen Menschen können sich selbst oft nicht zuverlässig einschätzen; zu sehr sind sie abhängig vom Urteil anderer und deren Bewertung. Gleichzeitig sind sie es jedoch gewohnt, in den Mittelpunkt gestellt zu werden. Das Handeln der anderen soll sich auf sie ausrichten. Man kann es den Jugendlichen nicht einmal vorwerfen. Sie sind Teil ihrer Zeit und werden durch sie geprägt. Nicht sie selbst haben sich dazu entschieden, so aufzuwachsen oder so erzogen zu werden. Sie haben ein behütetes Leben genossen, viele von ihnen in recht guten Verhältnissen, ohne größere Sorgen.

Der derzeitige Arbeitsmarkt tut sein Übriges dazu. Der Fachkräftemangel kommt bei den jungen Menschen an. Die Arbeitgeber reißen sich um sie und umwerben sie mit teils abstrusen Lockmitteln, wie die Übernahme der Führerscheinkosten, die Bezahlung eines

DIE GENERATION Z ERLEBT DIE BERUFS-ORIENTIERUNG ANDERS

Berufliche Orientierung im Wandel?!

Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit – nicht nur im Berufsleben wichtige Schlüsselfaktoren: Wer Verantwortung übernimmt, geht auch selbstsicherer durchs Leben und weiß, dass Dinge beeinflussbar sind.

Fahrzeugs, um zur Arbeit zu kommen oder Prämien für den Abschluss eines Arbeitsvertrags. Dass diese Verträge jedoch häufig auch der Unverbindlichkeit unterliegen, übersehen viele Unternehmen und sind enttäuscht, wenn der Jugendliche am ersten Tag der Ausbildung nicht am Arbeitsplatz auftaucht – ohne Meldung und ohne weitere Erklärung.

Letztlich zeugt dies von einer enormen Unsicherheit bei den jungen Menschen. Man geht schwierigen Situationen aus dem Weg, schiebt Dinge vor sich her und lässt gerne andere, häufig die Eltern vor, um Probleme aus dem Weg zu räumen. Und diese nehmen diese Aufgabe oft auch noch gerne an. Es ist ja schön, wenn die Kinder einen brauchen.

Unverbindlich, weil unentschlossen

Viele junge Menschen sind daher in ihrem Handeln sehr unentschlossen. Die Pandemie hat ihren Teil zu dieser Trägheit beigetragen. Das Leben war wie gelähmt und wer nicht schon fest in rituellen Abläufen steckte, kam aus der Lethargie oft nicht mehr heraus. Das zeigen auch verschiedene Studien, die belegen, dass die jungen Erwachsenen unzufrieden mit sich und ihrem Leben waren und manche immer noch sind. Ihr behütetes Leben – und nicht nur ihres – ist durch die Krisen ins Wanken geraten. Sie sehnen sich nach einem ruhigen und ausgeglichenen Leben mit einem sicheren Job, der jedoch ihre Zeit nicht auffressen soll, so wie die der Eltern. Sie wollen ein anderes Leben. Lieber verzichten sie auf mehr Einkommen, bevor sie sich den Stress antun, den die Generation vor ihnen hat. Solch einen Job zu finden, ist jedoch schwierig. Der Arbeitsmarkt gibt das zwar an und für sich alles her. Jedoch sind die Jugendlichen von der Vielfalt der Berufsfelder und eben dieser Freiheit, die sie doch eigentlich so schätzen, überfordert. Sie bewegen sich oft orientierungslos und ohne klares Ziel durch die Zeit und hoffen, dass sich alles schon irgendwie regelt.

Das berühmte Jahr der Auszeit, der Selbstfindung wird zur Normalität. Man möchte die Zeit der Ungewissheit erstmal überbrücken. Im Schnitt beginnen die jungen Menschen ihre Ausbildung mit 20 Jahren. Das Gute ist, dass Schülerinnen und Schüler mit

einem Realschulabschluss, also mit einem mittleren Bildungsabschluss, häufig realistischer in die (Berufs-)Welt gehen. Das mag eventuell auch am sozialen Umfeld und dem finanziellen Hintergrund liegen. Ihre Eltern können es sich schlichtweg oft nicht leisten, dass die Kinder zögern und zaudern. Die hohe Inflation trägt dazu bei, dass Kinder aus schwierigeren finanziellen Verhältnissen schneller ins Berufsleben wechseln (müssen).

Das stimmt – bei aller Krisenstimmung im Land durch Pandemie, Krieg, Energienotstand, Inflation – ein bisschen zuversichtlich, dass die äußeren Umstände und Unsicherheiten im Leben der jungen Erwachsenen auch zu etwas gut sind. Vielleicht braucht es gerade den Druck von außen, dass Entscheidungen wieder getroffen werden müssen und auch dauerhaft umgesetzt werden. Ich kann durchaus beobachten, dass nicht alle Jugendlichen den Kopf in den Sand stecken, sondern dass sich manche aktiv aufmachen, um ihr eigenes Leben in die Hand zu nehmen. Sie freuen sich, dass man wieder auf eine Berufsmesse gehen kann, dort persönlich mit Unternehmensvertretern sprechen kann und ein Praktikum vereinbaren kann, das man dann auch wirklich im Betrieb umsetzen darf.

Verantwortung zu übernehmen stärkt die Selbstwirksamkeit

Vielleicht muss man die jungen Menschen einfach nur zuversichtlich stimmen, das regelrechte Herbeireden der Krisen unterlassen, ihnen zeigen, dass das Leben auch lebenswert ist und dass Leistung auch belohnt wird.

Schulen können einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Jugendlichen an diese Leistungsbereitschaft heranzuführen. Man muss Anreize schaffen, damit Leistung wieder Freude macht und anerkannt wird und man muss die Jugend motivieren. Dazu braucht es definitiv die Unterstützung durch die Eltern, die hier als Vorbild wirken. Das Ziel sollte es sein, dass die Jungen wieder Eigeninitiative entwickeln und ihr Leben in die Hand nehmen und Verantwortung für sich selbst und letztlich für die Gesellschaft tragen.

Text: Waltraud Eder
eder@vdr-bund.de





Foto: Adobe Stock

NEUE WEGE IN DER BERUFLICHEN ORIENTIERUNG: DAS LIMBURGER MODELL

Das „Limburger Modell“ ist eine koordinierte Maßnahme zur vertieften Berufsorientierung und Berufsvorbereitung. Diese Konzeption ermöglicht Jugendlichen einen anderen Einblick in die Berufs- und Arbeitswelt als bisher.

Seit dem Schuljahr 2011/2012 wurde im Landkreis Limburg-Weilburg mit dem Modell gearbeitet, bei dem die allgemein bildenden Schulen mit den beruflichen Schulen kooperieren. Steuerungsgruppen legten die Rahmenbedingungen zur Ausgestaltung des Projektablaufs fest sowie die Einwahlmöglichkeiten für die Schüler und auch die Lerninhalte bzw. Curricula.

Die Grundlage zur Entwicklung des „Limburger Modells“ ergab sich aus der Fragestellung, wie man die berufliche Orientierung zielführend in den schulischen Alltag der allgemeinbildenden Schulen integrieren kann. Dabei sollten bewährte Instrumente nicht ersetzt, sondern ergänzt werden. Die Schülerinnen und Schülern sollte die Möglichkeit erhalten, sich während eines laufenden Schuljahres immer wieder mit Ausbildungsberufen zu beschäftigen und so einen intensiveren Findungsprozess erleben.

Zielsetzung des Limburger Modells

- Den Jahrgangsstufen 8. Hauptschulklasse und 9. Realschulklasse das Kennenlernen verschiedener Ausbildungsberufe zu ermöglichen.
- Die praktische Erprobung einzelner Ausbildungsinhalte, um zu erfahren, ob eine persönliche Neigung und Eignung für diesen Ausbildungsberuf besteht.
- Kontaktaufbau zu Ausbildungsbetrieben in der Region.
- Durch die vertiefte Berufsorientierung sollen Ausbildungsabbrüche vermieden werden. Bei Ausbildungsbeginn soll auf Grund der Teilnahme am „Limburger Modell“ eine fundierte Berufswahl ermöglicht werden.
- Die Möglichkeit eröffnen, auch als Mädchen oder Junge, bislang geschlechtsspezifische Berufsfelder kennen zu lernen.

- Die praxisorientierte Ergänzung bzgl. einer vertieften Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Das Limburger Modell ist derzeit kein hessenweites Regelmodell für die berufliche Orientierung, wird aber an allen hessischen Mittelstufenschulen praktiziert und von allen Beteiligten gelobt.

Weitere Informationen über das Limburger Modell: <https://fds-limburg.de/bildungsangebot/limburger-modell/>

Text: Kerstin Jonas
jonas@vdl-hessen.info



PRESSEMITTEILUNGEN

MAN KANN DEM LEHRERMANGEL NUR MIT QUALITÄT UND WERTSCHÄTZUNG BEGEGNEN!

Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR), äußert sich zu den Ergebnissen des aktuellen Deutschen Schulbarometers der Robert Bosch Stiftung

„Die Ergebnisse zeigen klar, dass wir endlich eine echte Qualitätsoffensive in der Bildung brauchen! Besonders die Lehrkräfteausbildung und die Attraktivität des Berufsbildes müssen dabei in den Mittelpunkt gestellt werden. Dazu braucht es zielgruppengerechte Kampagnen zur Lehrkräftegewinnung. Das Lehramt muss raus aus den Negativschlagzeilen!“, stellt Jürgen Böhm vorab fest.

Um dem akuten und sich zunehmend verschärfenden Personalmangel in der Bildung entgegenzuwirken, brauche es klare Bekenntnisse zu einer leistungsorientierten, differenzierten und abschlussbezogenen Lehrkräfteausbildung, so Böhm weiter. Dem Verbandschef zufolge müssten deutlich mehr Mittel für die beiden Phasen der Lehrkräfteausbildung, also dem Studium und dem Referendariat, zur Verfügung gestellt werden. Die Inhalte müssten sich zudem an den Realitäten der modernen Welt orientieren: „Hinsichtlich der mit atemberaubender Schnelligkeit voranschreitenden Entwicklung technologischer Innovationen wie beispielsweise der Künstlichen Intelligenz, müsse die Lehrkräfteausbildung alle Lebensbereiche umfassende Schwerpunktthemen wie Digitalisierung, ökonomische Bildung und nachhaltige Entwicklung verstärkt aufgreifen. Es braucht Inhalte aus dem realen Leben, keine akademischen Luftschlösser!“, fordert Böhm.

Quer- und Seiteneinstieg darf nicht auf Kosten der Qualität gehen!

Forderungen nach einer Verkürzung und Aufweichung der Ausbildungszeit sieht Böhm kritisch und fordert eine konstruktive Debatte zu äquivalenten Möglichkeiten beim Quer- und Seiteneinstieg: „Selbstverständlich dürfen wir uns nicht einem intensivierten Aus-

tausch zum Quer- und Seiteneinstieg ins Lehramt verschließen. Klar ist aber: Solche Maßnahmen dürfen nicht zu Lasten der Unterrichtsqualität gehen. Hierzu braucht es gute, gerechte und gleichwertige Angebote, um potenzielle Interessenten pädagogisch und fachdidaktisch auf die vielfältigen Herausforderungen im Schulalltag vorzubereiten. Anstatt die Zugangsbedingungen in den Lehrberuf aufzuweichen, die Lehrkräfteausbildung zu vereinheitlichen und allgemein in panischen Aktionismus zu verfallen, braucht es kluge Lösungen, die langfristig funktionieren“, so Böhm weiter.

Wertschätzung von Lehrkräften durch fachspezifische und leistungsgerechte Bezahlung, Entlastungen im Arbeitsalltag und Sensibilisierung der Gesellschaft

Einen weiteren wichtigen Ansatzpunkt bei der Bewältigung des Lehrkräftemangels sieht der Vorsitzende in der Steigerung der Wertschätzung der Lehrkräfte: „Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten Großartiges. Vielen ist nicht bewusst, welche Herausforderungen die Lehrerinnen und Lehrer und die Schulleitungen im Zuge der zahlreichen Krisen wie Pandemie und Ukraine-Krieg bewältigt haben und immer noch bewältigen. Die angemessene Wertschätzung der geleisteten Arbeit ist hier elementar! Dazu zählen eine angemessene Besoldung gemäß fachspezifischer Qualifikation und Verantwortung, zusätzliche Entlastungen zum Beispiel bei Verwaltungsaufgaben sowie eine Sensibilisierung der Gesellschaft für die Bedeutung des Lehrberufs. Unsere Lehrkräfte sind unverzichtbare Zukunftsgestalter!“, so Böhm abschließend.

Pressemitteilung Nr. 03/2023 des VDR vom 18. Januar 2023

DER ABSCHIED VON DER VERNUNFT – SPIRALE NACH UNTEN IN GANG GESETZT

Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR), sieht die Vorschläge der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission zum Lehrkräftemangel sehr kritisch

„Der vorgelegte Katalog zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels ist eine Mischung aus Panikreaktion und Unvernunft!“, stellt Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR) vorab fest.

Böhm macht deutlich: „Wer jetzt Flexibilität einschränkt und Teilzeillösungen kappen möchte, wer jetzt die Ausbildungsqualität für Lehrkräfte absenken möchte, wer jetzt den Druck auf ältere Lehrkräfte erhöht, wird genau das Gegenteil erreichen.“ Als Folge sieht Böhm eine verstärkte Flucht aus dem Lehrberuf, wie sie vielerorts schon zu verzeichnen ist. Junge Menschen, die vor ihrer Berufswahl stehen, würden den Beruf des Lehrers nicht mehr attraktiv finden.

Vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei nicht mehr gewährleistet, wenn Eltern im Lehrberuf ihr Stundenmaß nicht mehr der Machbarkeit anpassen könnten. Auch eine Arbeitszeitverlängerung für ältere Lehrkräfte oder eine Einschränkung der Möglichkeit der Altersteilzeit sei keine Lösung.

Vielmehr sollte man die Lehrkräfte wieder verstärkt mit den wesentlichen Aufgaben und dem Kerngeschäft Unterricht betrauen und von in den letzten Jahren immer mehr zusätzlichen Verpflichtungen entbinden.

Man müsse den Lehrberuf schlichtweg attraktiver gestalten, die Qualität in der Lehrerausbildung stärken und den Lehrkräften ein gewisses Maß an Flexibilität zugestehen. Insgesamt müsse man längerfristig denken, um einen dauerhaften Qualitätsabbau in der Bildung zu vermeiden.

„Durch Vorschläge, wie sie die Ständige Wissenschaftliche Kommission in den Raum wirft, wird eine Spirale nach unten in Gang gesetzt, die niemand mehr aufhalten kann und die Situation nur verschlimmert!“, so Böhm abschließend.

Pressemitteilung Nr. 04/2023 des VDR vom 27. Januar 2023



Die VDRjugend reagierte mit einer unmissverständlichen Aktion auf die Empfehlungen der SWK. Um dem Lehrermangel entgegenzuwirken, werden von der Kommission unter anderem größere Klassen, die Einschränkung der Teilzeitmöglichkeit, Erhöhung des Deputates und Mehrarbeit empfohlen. Das wollte und konnte die VDRjugend so nicht hinnehmen. Der Unmut war aus sämtlichen Kollegien unserer Landesbünde deutlich zu spüren.

Die VDRjugend setzte auf eine Aktion in den sozialen Netzwerken als deutliches Zeichen. Unter dem Motto: „Das halten wir Lehrkräfte von den Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission“ fungierte der VDRjugend als Sprachrohr unserer Lehrkräfte und visualisierte die Empörung der Kolleginnen und Kollegen.

Nicolas Cordes, Vorstandsmitglied der VDRjugend, zur Aktion: „Diese Empfehlungen waren nicht hinnehmbar! Die VDRjugend war sich schnell einig, dass

wir deutlich Stellung beziehen müssen. Mit diesen Maßnahmen wird der Lehrermangel eher gefördert als zielführend bekämpft.“

Dem Aufruf folgten viele Lehrkräfte aus der gesamten Bundesrepublik. Ihre Gedanken waren beispielsweise: Respektlos! Belastend! Lehrgesundheit?! Geringschätzung! Praxisfremd! Saskia Tittgen, Vorsitzende der VDRjugend, unterstützte das Vorhaben in der Aufbereitung und schlussfolgerte: „Die Empfehlungen sind zu kurzfristig gedacht und können fatale

Folgen haben. Die belastenden Arbeitsbedingungen sorgen für weniger Lehrkräfte. Wenn die Arbeitsbedingungen noch schlechter werden, gibt es doch in Folge nicht mehr Lehrkräfte.“

Gemeinsam aus den Impulsen von René Michel und Tanja Heger, beide stellvertretende Vorsitzende der VDRjugend, entstand aus der Idee ein einminütiges Video, das in den sozialen Medien über 32.000 Menschen erreichte.

Text: Nicolas Cordes
nicolas.cordes@vrb-rlp.de



Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



RESILIENZ

in Alltag und Beruf

Die innere Widerstandskraft stärken

Die Krisen der aktuellen Zeit waren und sind eine Belastungsprobe und hat die Realschulfamilie vor immense Herausforderungen gestellt. Das nagt an der Substanz und verlangt seelische Widerstandsfähigkeit, oder umgangssprachlich ausgedrückt „ein dickes Fell“. Die Psychologie meint damit die Resilienz, also die seelische Widerstandskraft eines Individuums. In einer zunehmend beschleunigten und immer komplexeren Lebenswelt, ist die Fähigkeit mit Stress und Belastungen umzugehen ganz besonders wichtig. Um die eigene Resilienz zu stärken, hat das Kriseninterventions- und -bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologinnen und Schulpsychologen (KIBBS) wertvolle Praxistipps gesammelt.

DIE DINGE ANNEHMEN

Manchmal regt man sich tierisch über etwas auf, hat Angst, Sorgen oder Zweifel. Das ist ganz normal. Wir Menschen reagieren total unterschiedlich auf Stress und unangenehm empfundene Situationen. Wenn sich das Gedankenkarussell im Kopf mal wieder zu schnell dreht, empfiehlt das KIBBS innezuhalten, äußere Gegebenheiten zu akzeptieren und die eigenen Gefühle anzuerkennen. Erst dann kann sich der Fokus wieder auf praktische Problemlösungen im eigenen Wirkungskreis verlagern.

TIPPS

- Äußere Gegebenheiten akzeptieren
- Bewusste Nachrichten über seriöse Quellen konsumieren
- Eigene Gefühle, Gedanken und Grenzen des Machbaren annehmen
- Professionelle Gelassenheit bei der Arbeit oder im „Lernen zuhause“

Leitsatz: „Ich gebe mein Bestes, erkenne aber an, dass ich nicht alle Aufgaben erfüllen kann.“

ZUVERSICHT BEWAHREN UND POSITIV BLEIBEN

Im weltbekannten Hit des Ausnahmevokalisten Bobby McFerrin heißt es: „Don't worry, be happy“. Daran kann man sich ein Beispiel nehmen! Das KIBBS empfiehlt zudem sich zu überlegen, was einen persönlich stärkt und die eigene Sicherheit aktiviert. Machen Sie sich bewusst, was trotz aller Widrigkeiten gut läuft und Sie freudig stimmt. Bleiben Sie zuversichtlich, denken Sie an etwas, das Sie glücklich macht!

TIPPS

- Eigene Ressourcen und Kraftquellen suchen: Was hilft mir? Was gibt mir neuen Antrieb?
- Positive Gedanken verstärken
- Dinge, die jetzt vermisst werden,

festhalten und planen, wann sie wieder umgesetzt werden

- „Stimmungsaufheller“ für zwischen-durch: Laut den Lieblingssong hören, eine Tasse Tee, ein gutes Buch ...

Leitsatz: „Ich überlege mir am Ende jeden Tages drei Dinge, für die ich dankbar bin ...“

SELBSTFÜRSORGE

Sorgen Sie gut für sich und ihre Liebsten. Achten Sie auf einen strukturierten Alltag, setzen Sie sich Ziele und pflegen Sie kleine Rituale – das gibt Sicherheit und Orientierung. Das KIBBS empfiehlt diesbezüglich auch körperliche Aktivität und Bewegung, zum Beispiel an der frischen Luft. Wie wär's mit einem Waldspaziergang? Oder eine Runde Yoga? Es gibt tolle angeleitete Workout-Videos im Netz, einfach mal suchen! Spielen Sie ein Instrument? Falls ja: musizieren Sie doch mal wieder – falls nicht: was nicht ist kann ja noch werden und auch Zuhören erfreut die Seele.

TIPPS

- Auf Wechsel und Ausgewogenheit von Arbeit und Entspannung achten
- Feste Tagesabläufe mit Routinen und Ritualen einhalten
- „Wohlfühl-Arbeitsplatz“ einrichten
- Ausreichend schlafen sowie gesund essen und trinken
- Aktiv bleiben und täglich Bewegung an der frischen Luft, Atem- und Dehnübungen, Sportangebote online, Yoga ...
- Entspannung, z. B. geführte Meditationen, progressive Muskelentspannung
- Achtsamkeitsübungen oder positive Ablenkung durch Online-Kulturangebote

Leitsatz: „Ich integriere in meinen Alltag mindestens drei Aktivitäten, die mir guttun und mir Struktur geben.“

NETWORKING

Pflegen Sie Kontakte, die Ihnen guttun! Das KIBBS empfiehlt die Nutzung möglichst vielfältiger alternativer Möglichkeiten der Kontaktaufnahme. Auch wenn kein persönliches Treffen drin ist – probieren Sie doch mal einen Videocall mit Freunden über Zoom – die Filterfunktion hat einen großen Entertainmentfaktor!

TIPPS

- In sozialem Kontakt bleiben, z. B. über Videoanrufe, Telefon, E-Mail, Briefe, ...
- Hilfe anbieten, z. B. Nachbarn, wenn vertraute Personen nicht greifbar sind
- Zusammenarbeiten – auch unter neuen Umständen

Leitsatz: „Ich verabrede mich per Video mit Kolleginnen und Kollegen bzw. Freundinnen und Freunden.“

LACHEN SIE!

Schenken Sie sich selbst Ihr schönstes Lächeln! Ein Lachen sendet Ihrem Gehirn ein positives Signal, verbessert die Stimmung und macht somit leistungsfähiger. Damit nicht genug: Lachen stärkt das Immunsystem, senkt das Schmerzempfinden und hilft uns zu entspannen. Denken Sie daran: „Jeder Tag, an dem du nicht lächelst, ist ein verlorener Tag“ (Charlie Chaplin).

TIPP

- Zuversicht bewahren und lachen – trotz allem!

Leitsatz: „Ich probiere jetzt einfach mal was aus – und wenn es nicht klappt, dann lache ich (und wir gemeinsam) darüber! Und anschließend probiere ich etwas Anderes!“

Text: Dr. David Wawrzinek
david.wawrzinek@brlv.de





Messe Stuttgart
Mitten im Markt

didacta
die Bildungsmesse

7. - 11. März 2023 | Messe Stuttgart

VDR
Halle 5 Stand 5B 51

BILDUNG

muss zur gesellschaftlichen Hauptaufgabe werden

Didacta Verband fordert bessere Rahmenbedingungen für die Bildung von Kindern und Jugendlichen

Bildung ist der Schlüssel zu einer lebenswerten Zukunft in einer freien, emanzipierten und demokratischen Gesellschaft. Doch diese Zukunft ist in Gefahr angesichts größter gesellschaftlicher Herausforderungen und globaler Krisen. „Deshalb müssen wir endlich die gesellschaftlichen Kräfte bündeln und die Bildung der Kinder und Jugendlichen zur Hauptaufgabe machen. Denn nur eine starke Bildung, die auf nachhaltigen, inklusiven und demokratischen Werten beruht, ermöglicht es uns, Herausforderungen wie die Klimakrise, die Schere zwischen Arm und Reich oder den Fachkräftemangel erfolgreich zu meistern“, erklärt Dr. Theodor Niehaus, Präsident des Didacta Verbandes im Vorfeld der didacta – die Bildungsmesse in Stuttgart (7.-11. März 2023).

Der Didacta Verband mit seinen Mitgliedern steht für diese Werte. Wir setzen uns für bessere Rahmenbedingungen für das Lehren und Lernen in allen Lebensphasen und auf allen Bildungsebenen ein. Um die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, fordern wir von den Verantwortlichen in Bildungspolitik und -verwaltung:

Materielle Voraussetzungen für beste Bildung schaffen

Bildung muss sich den gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Veränderungsprozessen stellen, um den Herausforderungen einer sich wandelnden Welt gerecht zu werden und Kinder und Jugendliche auf diese Welt angemessen vorzubereiten.

Der Didacta Verband begleitet diesen Transformationsprozess. Politik und alle Bildungsverantwortlichen fordern wir auf, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, um für die junge Generation eine zukunftsorientierte, gerechte und für jedes Kind faire bzw. vielfältige Bildung zu sichern. Die Bildungsbudgets des Bundes und der Länder müssen als wichtigste Zukunftsinvestition mindestens verdoppelt werden.

Der digitalen Transformation in der Bildung gemeinsam bewältigen

Die produktive Verbindung zwischen analogen und digitalen Bildungsangeboten stellt derzeit eine große Herausforderung für Politik, Fachkräfte und für die Bildungswirtschaft in gleicher Weise dar. Der digitalen Transformation werden wir nur mit vereinten Kräften gerecht. Die Bildungswirtschaft ist bereit, diesen Wandel mit hoher Qualität ihrer Produkte praxisnah mitzugestalten. Sie ist in diesem Prozess ein unverzichtbarer Partner.

Inbesondere von den Bildungsträgern erwarten wir eine stärkere Kooperation und die weitere Öffnung der Bildungseinrichtungen. Von den Bildungspolitikern der Länder fordern wir, endlich einen Digitalpakt II aufzulegen und umzusetzen, der diese notwendige Kooperation ermöglicht.

licht. Es gilt, strukturelle und technologische Fehlentwicklungen bzw. staatliche Mittelverschwendung zu vermeiden.

Digitale Kompetenz im Bildungsprozess verankern

Digitale Kompetenz, inklusive der Fähigkeit des Umgangs mit KI-Systemen, zählt zu den wichtigen Zukunftskompetenzen. Wir sehen darin eine transversale Kompetenz und befürworten eine frühe Stärkung. Die Bildungspolitikerinnen und -politiker der Länder fordern wir auf, die Förderung digitaler Kompetenz in den Bildungsplänen aller Schulformen fest zu verankern.

Kitas fit machen – auch digital

Kindertageseinrichtungen haben die Aufgabe, der nachwachsenden Generation grundlegende Kompetenzen, Werte und soziale Fähigkeiten mit auf den Weg zu geben – dazu gehört auch die Mündigkeit in einer digitalisierten Gesellschaft. Um Kinder zu kompetenten und reflektierten Nutzerinnen und Nutzern digitaler Medien zu erziehen und um sie zu einem sicheren, verantwortungsvollen Umgang mit neuen Technologien zu befähigen, sind dringende Maßnahmen erforderlich. Deshalb fordern wir zusammen mit Partnern einen Digitalpakt Kita, der die dafür

nötigen Schritte beschreibt. Dazu zählt beispielsweise, die Bildungspläne zu aktualisieren und die Ausbildung der frühpädagogischen Fachkräfte auch auf die Herausforderungen aus der Digitalisierung auszurichten.

Pädagogische Räume zukunftsorientiert gestalten und ausstatten

Die Frage, in welchen Räumen und mit welchen didaktischen Medien und Materialien Kinder und Jugendliche lernen, muss auf die politische Agenda. Die Bildungswirtschaft trägt entscheidend dazu bei, Lernräume, Materialien und Medien zu entwickeln. Wir fordern, die Raum- und Ausstattungsfrage evidenzbasiert und mit politischem Willen anzugehen, damit Lernende in modernen Räumen und mit den bestmöglichen Medien und Materialien lernen können.

In Fach- und Lehrkräfte investieren

Der aktuelle Mangel an Fach- und Lehrkräfte in der Betreuung und Bildung ist erschreckend und verdeutlicht, dass eine vorausschauende Planung und Qualitätssicherung dringend erforderlich sind. Wir fordern die Verantwortlichen des Bundes und der Länder auf, diese Misere zu besei-

tigen und verstärkt in die Ausbildung der Fach- und Lehrkräfte zu investieren. Die Professionalisierung der Lehrenden über alle Ebenen des Bildungssystems muss reformiert werden. Die Lehrkräfteausbildung muss ein Schwerpunkt werden und aus dem Schattendasein an den Universitäten heraustreten. Das Ziel lautet, die besten Akteurinnen und Akteure für die Lehrberufe zu gewinnen.

Außerschulische Lernorte einbeziehen

Außerschulische Bildungsangebote tragen zur Entwicklung und Bildung von Kindern und Jugendlichen signifikant bei. Wir setzen uns daher für eine stärkere Nutzung solcher Bildungsangebote ein. Von den Verantwortlichen der Länder fordern wir, außerschulische Lernangebote fest in die Bildungspläne der Schulen einzubetten.

Familie als Bildungsort stärken

Die Familie ist der wichtigste Bildungsort, wenn es um die Stärkung kindlicher Kompetenzen geht. Ein zukunftsorientiertes Bildungssystem muss die Familie fest als Bildungspartner integrieren.

Anzeige



MEIN IT-KOFFER
immer parat.

PARAPROJECT®



Jetzt entdecken auf www.parat.de

PARAT®
DER IT-KOFFER

Bildungsmesse didacta 2023 – VDR-Chef Böhm:

„Wir benötigen ein engeres Miteinander von Schule und Wirtschaft“

Im Vorfeld der didacta 2023 in Stuttgart hat der Didacta Verband der Bildungswirtschaft – Veranstalter der Messe – ein Papier mit bildungspolitischen Forderungen herausgegeben. Einer der Autoren: Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands VDR (und Vorstandsmitglied im Didacta Verband). Böhm setzt sich „für ein engeres Miteinander von Schule und Wirtschaft“ ein. Wir haben ihn gebeten, die einzelnen Punkte zu erläutern.

Der Didacta Verband fordert: „Materielle Voraussetzungen für beste Bildung schaffen!“

Die Begründung: „Bildung muss sich den gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Veränderungsprozessen stellen, um den Herausforderungen einer sich wandelnden Welt gerecht zu werden und Kinder und Jugendliche auf diese Welt angemessen vorzubereiten. Politik und alle Bildungsverantwortlichen fordern wir auf, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, um für die junge Generation eine zukunftsorientierte, gerechte und für jedes Kind faire bzw. vielfältige Bildung zu sichern.“

Jürgen Böhm kommentiert: „Bildung hat einen viel zu geringen Stellenwert in der Politik, was sich an der unzureichenden Finanzierung ablesen lässt. Allein bei den Schulgebäuden gibt es einen Sanierungsstau von 45 Milliarden Euro. Bund und Länder müssen deutlich mehr Geld ins System stecken – und zwar doppelt so viel wie bisher. Nur so können beste strukturelle, personelle und materielle Rahmenbedingungen im Bildungssystem geschaffen werden.“

Der Didacta Verband fordert: „Digitale Transformation in der Bildung gemeinsam bewältigen!“

Die Begründung: „Der digitalen Transformation werden wir nur mit vereinten Kräften gerecht. Die Bildungswirtschaft ist bereit, diesen Wandel mit hoher Qualität ihrer Produkte praxisnah mitzugestalten. Sie ist in diesem Prozess ein unverzichtbarer Partner. Insbesondere von den Bildungsträgern erwarten wir eine stärkere Kooperation und die weitere Öffnung der Bildungseinrichtungen. Von den Bildungspolitikern der Länder fordern wir, endlich einen Digitalpakt II aufzulegen und umzusetzen, der diese notwendige Kooperation ermöglicht.“

Es gilt, strukturelle und technologische Fehlentwicklungen bzw. staatliche Mittelverschwendung zu vermeiden.“

Jürgen Böhm sagt: „Natürlich muss der Staat für die Digitalisierung der Schulen den Rahmen setzen. Der Staat ist aber nicht der beste IT-Entwickler, auch in der Bildung nicht. Wir benötigen eine stärkere Kooperation mit innovativen Unternehmen aus der

Über den Didacta Verband

Bildung ist der Schlüssel für die nachhaltige individuelle und gesellschaftliche Entwicklung. Der Didacta Verband fördert Bildung in einem starken Netzwerk. Als Verband der Bildungswirtschaft vertritt er die Interessen von rund 250 Unternehmen und Organisationen im In- und Ausland. Er macht sich für den Einsatz qualitativ hochwertiger Lehr- und Lernmittel und eine bedarfsgerechte Einrichtung und Ausstattung aller Lernorte stark. Er bringt sich aktiv in die Debatten über die Weiterentwicklung der Bildungssysteme ein und informiert die Öffentlichkeit über wichtige Entwicklungen rund um die Bildung. Als ideeller Träger steht der Didacta Verband hinter Europas größter Fachmesse für Bildung: der didacta – die Bildungsmesse.

Branche, um zu praxisnahen, funktionierenden Lösungen zu kommen, mit denen Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler arbeiten können. Das geht hinauf bis zu den Bildungsplattformen. Gerade der Mittelstand hat hier viel zu bieten. Die Administration, Pflege und Wartung der Technik ist ein gutes Beispiel dafür. Der Arbeitsmarkt für IT-Fachkräfte ist leergefegt. Viele Schulträger haben gar nicht das Personal, um den notwendigen Service für die Schulen zu erledigen – die darauf spezialisierten Firmen, die auch bessere Gehälter und Arbeitsbedingungen bieten können, schon. Wenn man also

nicht will, dass Lehrkräfte nebenbei die Administration erledigen und dann für den Unterricht nicht zur Verfügung stehen, muss man die externe Hilfe, die angeboten wird, eben in Anspruch nehmen.“

Der Didacta Verband fordert: „Digitale Kompetenz im Bildungsprozess verankern!“

Begründung: „Digitale Kompetenz, inklusive der Fähigkeit des Umgangs mit KI-Systemen, zählt zu den wichtigen Zukunftskompetenzen.“

Böhm erklärt: „Das Verständnis für digitale Zusammenhänge muss Teil der Bildung werden. Es muss in die Bildungspläne hinein, und zwar auf allen Ebenen, in der gesamten Bildungskette. Künstliche Intelligenz sprechen wir an, weil ChatGPT ja schon aufzeigt, wohin die Entwicklung geht – KI wird künftig unser Leben prägen. Auch die Schule wird sich damit verändern. Wir müssen Abschied nehmen von gewissen Leistungserhebungen wie dem klassischen Hausaufsatz. Das ist vorbei, wenn man nicht mehr klar erkennen kann, von wem diese Leistung erbracht wurde, vom Schüler oder von der KI. Auf der anderen Seite verspricht KI womöglich auch Entlastung für Lehrkräfte, wenn sich damit kurze Abfragen korrigieren oder Unterrichtseinheiten vorbereiten lassen.“

Der Didacta Verband fordert: „Kitas fit machen – auch digital!“

Die Begründung: „Kindertageseinrichtungen haben die Aufgabe, der nachwachsenden Generation grundlegende Kompetenzen, Werte und soziale Fähigkeiten mit auf den Weg zu geben – dazu gehört auch die Mündigkeit in einer digitalisierten Gesellschaft.“

Böhm meint dazu: „Es geht nicht darum, von haptischen und von analogen

Elementen in der frühkindlichen Pädagogik Abschied zu nehmen. Wichtig ist, einen guten Umgang mit der Digitalisierung auch in die frühkindliche oder in die vorschulische Erziehung mit einfließen zu lassen – in kleinen Dosen. Machen wir uns nichts vor. Die Kleinen sind in ihrem Alltagsleben schon jetzt mit Computern konfrontiert. Sie bekommen ja mit, welche Bedeutung das Handy für die meisten Erwachsenen hat. Wer möchte, dass junge Menschen einen mündigen Umgang mit Digitalisierung lernen, muss früh damit beginnen, ihnen diesen zu vermitteln.“

Der Didacta Verband fordert: „Pädagogische Räume zukunftsorientiert gestalten und ausstatten!“

Die Begründung: „Wir fordern, die Raum- und Ausstattungsfrage evidenzbasiert und mit politischem Willen anzugehen, damit Lernende in modernen Räumen und mit den bestmöglichen Medien und Materialien lernen können.“

Böhm: „Ich sage nur: Sanierungsstau von 45 Milliarden Euro – allein bei den

Schulen. Hier haben sich die Sachaufwandsträger in den letzten Jahren einen schlanken Fuß gemacht. Wir benötigen pädagogische Räume, in denen das Lernen Freude macht und die Kommunikation ermöglichen.“

Der Didacta Verband fordert: „In Fach- und Lehrkräfte investieren!“

Begründung: „Der aktuelle Mangel an Fach- und Lehrkräften in der Betreuung und Bildung ist erschreckend und verdeutlicht, dass eine vorausschauende Planung und Qualitätssicherung dringend erforderlich sind.“

Böhm: „Wir benötigen eine Offensive in der Kita-Fachkräfte- und Lehrkräfteausbildung, um die besten Köpfe für die Bildung zu bekommen. In guten Zeiten haben wir viele Menschen, die Lehrkraft werden wollten, in andere Berufsfelder abwandern lassen. Jetzt plötzlich merken wir, dass wir die gut in den Schulen gebrauchen könnten. Man hätte damals anders denken müssen: in Reserven. Und nicht nur ans Sparen. Ich erinnere mich gut an die so-

genannte ‚demographische Rendite‘ – also Lehrerstellen die den Schulen gestrichen wurden, weil angeblich die Schülerzahlen sinken. Die Schülerzahlen sind aber nicht gesunken. Und deswegen sind wir jetzt in einer echten Notlage.“

Der Didacta Verband fordert: „Außerschulische Lernorte einbeziehen!“

Begründung: „Außerschulische Bildungsangebote tragen zur Entwicklung und Bildung von Kindern und Jugendlichen signifikant bei.“

Böhm: „Corona und die aktuellen Herausforderungen belasten die Schulen enorm. Aber das Potenzial, das außerschulische Lernorte bieten, ist enorm und kann besser genutzt werden. Schule allein macht Bildung nicht aus. Wir müssen uns mehr öffnen – auch im Hinblick auf die Wirtschaft. Wir benötigen externe Partner. Schon dafür, um unseren Schülerinnen und Schülern Perspektiven für die Zeit nach der Schule aufzuzeigen.“

Anzeige

STADTGESCHICHTE NEU ERLEBEN MIT VIRTUAL REALITY!

Das packende Zeitreise-Erlebnis für Wandertage und Klassenfahrten



IN BERLIN | DRESDEN | FRANKFURT | KÖLN | MÜNCHEN

Reservierung & weitere Infos: WWW.TIMERIDE.DE/BILDUNG - 0221 988 66 330 - gruppe@timeride.de

Welche Möglichkeiten bietet künstliche Intelligenz in der Schule?

Jürgen Böhm: Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz an unseren Schulen steckt aktuell noch in den Kinderschuhen, aber ich bin mir sicher, dass diese in Zukunft zahlreiche faszinierende und ergänzende Möglichkeiten sowohl bei der Unterstützung der Lehre als auch beim Lernen bietet.

Versperren dürfen wir uns der Entwicklung auf jeden Fall nicht. Am Beispiel des Chatbots ChatGPT haben wir gesehen, wie schnell eine KI-basierte Technologie Eingang in unsere Lebensrealität und somit auch in unsere Schulen finden. Kinder und Jugendliche sind „Early Adopter“, kennen und nutzen Technologien oftmals lange vor den älteren Semestern – letztere dürfen hier nicht den Anschluss verpassen. Die Regierung in Bayern hat die Notwendigkeit der Thematisierung von KI an den Schulen als erstes Bundesland erkannt und Ende letzten Jahres einen Schulversuch zum Einsatz Künstlicher Intelligenz an 15 ausgewählten Schulen gestartet, darunter auch an drei Realschulen. Das ist ein Anfang, auch wenn es in Bayern immerhin mehr als 6.000 Schulen gibt!

Das großflächig auszurollen, wird jedenfalls eine Mammutaufgabe. Ich bin gespannt, welche Erkenntnisse dieser Modellversuch hinsichtlich der Einsatzmöglichkeiten von KI bringt.

Wo sehen Sie die Grenzen der KI?

Grenzen sehe ich ganz klar dort, wo die Quelle einer Information nicht nachvollziehbar und transparent gemacht wird. Es muss eben in der modernen Bildung immer um „digitale Aufklärung“ gehen. Letztlich sind analoge Kulturtechniken gefragt: Textverständnis, Textanalyse, Quellenkritik und Kritikfähigkeit, die auf Wissen basiert. Die KI denkt nicht – kann aber manipulieren. Den Schülern müssen die Missbrauchsmöglichkeiten vor Augen geführt werden. Es ist davon auszugehen, dass KI-Tools in Zukunft Texte erstellen werden, die von Menschen verfassten Inhalten kaum bzw. überhaupt nicht mehr unterscheidbar sind. Die Nachvollziehbarkeit der Ursprungsquelle ist also besonders wichtig, sonst wird gezielter Manipulation und Betrug Tür und Tor geöffnet. Auch sehe ich eine Grenze, wenn Nutzer sich zu hundert Prozent auf die KI verlassen, dieser blind vertrauen und beispielsweise Antworten

eins zu eins übernehmen, ohne diese zu überprüfen – KI sollte immer ergänzendes Tool und Hilfsmittel sein, aber niemals eigenständiges, kritisches Denken ersetzen! Das gilt nicht nur für die Schule sondern für alle Lebensbereiche, in denen KI nutzbar ist. KI macht Fehler, trifft eventuell falsche Entscheidungen mit fatalen Folgen. Jede KI ist nur so gut, wie die Hand, die sie programmiert. Darin liegt eine weitere Gefahr: was, wenn die Erfinder eine bestimmte Ideologie implementieren?

Auch der Datenschutz darf an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben. Es muss seitens des Gesetzgebers klar reguliert sein, was mit unseren Daten passiert und für welche Zwecke diese genutzt werden. Eine weitere große Herausforderung für die Politik.

An deutschen Schulen ist die Skepsis gegenüber dem Einsatz von KI im Unterricht groß. Woran liegt das?

Teilweise liegt das mit Sicherheit an mangelnder Kenntnis im Umgang mit neuen KI-basierten Lösungen. Online-Kartendienste wie Google Maps oder Übersetzungsprogramme wie DeepL kennen sicherlich mittlerweile die meisten, ein KI-Chatmodell wie ChatGPT ist für viele Lehrkräfte allerdings digitales Neuland. Viele hören davon zum ersten Mal und haben sich schlicht noch nicht mit der Thematik befasst. Natürlich ist da auch eine gewisse Angst und Unsicherheit. Gerade wenn es um KI geht, denken viele an dystopische Filme wie Terminator, in der die Maschinen die Menschheit unterwerfen und kontrollieren. Für die Medien ist die Künstliche Intelligenz auch ein dankbares, polarisierendes Thema.

Fakt ist: KI-basierte Technologien, die sich im Unterricht einsetzen lassen, sind bereits vorhanden, entwickeln sich weiter, werden immer besser und werden mit Sicherheit auch von den Schülerinnen und Schülern benutzt, zum Beispiel bei der Anfertigung von Hausaufgaben oder Projektarbeiten. Wenn nicht in der Schule, dann eben Zuhause am Rechner daheim. Es ist daher wichtig, dass entsprechende Fortbildungsangebote zur Verfügung gestellt werden, damit die Kolleginnen und Kollegen über Chancen und Risiken aufgeklärt werden und auf dem Laufenden bleiben. Die Kolleginnen und Kollegen sind erfahrungsgemäß sehr wissbegierig und wollen sich weiterbilden. Allein bei Twitter unter dem Hashtag #twlz findet ein reger Austausch zu ChatGPT statt. Um es

zusammenzufassen: es ist wichtig sowohl den Lehrkräften als auch den Schülerinnen und Schülern so schnell wie möglich die nötigen Kompetenzen im Umgang mit KI-basierten Plattformen und Softwarelösungen zu vermitteln. Wir dürfen solche technologischen Innovationen weder kategorisch ablehnen noch verbieten. Entsprechend fundierte, flexibel gestaltbare und für alle zugängliche Fortbildungsangebote zu KI-Systemen in der Schulbildung sind daher unabdingbar.

Wie verändert sich die Rolle der Lehrkräfte durch die Nutzung von KI-basierten Medien?

Die personelle Komponente, die Lehrkraft, ist meines Erachtens wichtiger denn je, gerade in einer sich digitalisierenden Welt. Das Fehlen der persönlichen Ansprache, der Kommunikation haben wir gerade in der Corona-Zeit schmerzlich vermisst. Lehrkräfte bleiben auch weiterhin, als Persönlichkeit die Zukunftsgestalter, die junge Leute auf ihrem Weg ins Berufsleben begleiten und ihnen das nötige Rüstzeug vermitteln, um in der Lebens- und Arbeitswelt klarzukommen. Was sich ändert ist der Kontext, in dem die Akteure handeln – und das deutlich dynamischer als noch vor ein paar Jahrzehnten. In diesem Zusammenhang erachte ich es als besonders wichtig, dass die Lehrkräfteausbildung alle Lebensbereiche umfassende Schwerpunktthemen wie Digitalisierung, ökonomische Bildung und nachhaltige Entwicklung verstärkt aufgreift. Es braucht Inhalte aus dem realen Leben, keine akademischen Luftschlösser! Die Lehrkräfte von morgen brauchen die nötigen Kompetenzen, um mit den Herausforderungen eines sich immer schneller ändernden Kontext, mit Veränderung und wachsender Unsicherheit gut umzugehen. Und sie müssen natürlich in der Lage sein, diese Kompetenzen an ihre Schülerinnen und Schüler zu vermitteln.

Wie kann Künstliche Intelligenz im Unterricht thematisiert werden?

KI ist nicht nur ein Thema des IT-Unterrichts. In allen Unterrichtsfächern kann man künftig IT-Anwendungen einbauen oder zumindest kritisch besprechen. Es gibt bereits zahlreiche Lernangebote, Spiele und Szenarien zum Thema Künstliche Intelligenz, die Lehrkräfte im Unterricht nutzen oder einfließen lassen können. Es gilt allerdings erst einmal ein Bewusstsein für die Bedeutung von KI bei den Lehrkräften zu schaffen. Und natür-

lich müssen entsprechende Inhalte seitens der Bildungspolitik eingefordert und in den Lehrplänen verankert werden.

In vielen Studien wird die fehlende digitale Kompetenz der Lehrkräfte thematisiert. Welche Weichen müssen hier noch gestellt werden, um den Lehrkräften die benötigten Mittel an die Hand zu geben?

Hier kann ich nur nochmals auf unsere Forderungen zur Lehrkräfteausbildung verweisen. Die Finanzierung der sogenannten „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ war in den letzten Jahren nicht mehr als ein Witz. Hier muss deutlich mehr Geld in die Hand genommen werden. Das Lehramtsstudium muss an den Universitäten endlich raus aus dem Schattendasein! Die Inhalte müssen sich an den Realitäten der modernen Welt ausrichten, dazu gehört auch die Digitalisierung, die verstärkt aufgegriffen werden muss. Nichtsdestotrotz haben wir zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, die hervorragende digitale Kompetenzen besitzen. Als Beispiel kann ich hier den Digitalisierungsbeauftragten des Bayerischen Realschullehrerverbands, Ferdinand Stipberger, nennen, der 2019 mit dem Deutschen Lehrkräftepreis in der Kategorie „Lehrer: Unterricht innovativ“ ausgezeichnet wurde. Was Digitalisierung betrifft, sind die bayerischen Realschulen übrigens ganz vorne dabei. Der Bildungsgang Informationstechnologie (IT) zum Beispiel bereitet die Schülerinnen und Schüler gezielt auf die vielfältigen Herausforderungen der Digitalisierung vor.

Ihre Einschätzung: Wie wird Künstliche Intelligenz künftig die Bildung verändern?

Künstliche Intelligenz wird die Bildung an Schulen und Universitäten definitiv verändern und birgt noch nicht absehbare Herausforderungen hinsichtlich Unterrichtsgestaltung und Prüfungskultur. Wir brauchen hier klare Regeln und einen sinnvollen, gezielten und kritischen Umgang mit KI. Verbote sind der falsche Weg, allerdings müssen natürlich datenschutzrechtliche Fragen auf jeden Fall geklärt sein, bevor KI-Tools an unseren Schulen großflächig genutzt werden. Wir müssen zudem darauf achten, nicht in panischen Aktionismus zu verfallen und ideologisierte Strukturdebatten zu führen.

Das Interview ist erschienen in eGovernment 02/2023 – Wir danken für die freundliche Abdruckgenehmigung

Künstliche Intelligenz in der Schule

„Wir brauchen klare Regeln“

Die Software ChatGPT kann Aufsätze schreiben und Matheaufgaben lösen. In den USA haben viele Schulen ihren Einsatz daher bereits untersagt. Hierzulande soll es bisher kein Verbot geben, es braucht jedoch die richtigen Rahmenbedingungen für den Einsatz Künstlicher Intelligenz, erklärt Jürgen Böhm, Erster Vorsitzender des brlv, im Interview.



Foto: Adobe Stock

Staat. Machen wir.



Mit über 1,3 Millionen Mitgliedern ist der dbb die große deutsche Interessenvertretung für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor. Der Gewerkschaftstag tritt alle fünf Jahre zusammen. Er legt vor allem die Grundsätze für die berufspolitische Arbeit fest, stellt Richtlinien für die Haushaltsführung auf und beschließt die Beiträge. Der Gewerkschaftstag entscheidet auch über Satzungsänderungen und wählt in geheimer Wahl die Bundesleitung auf die Dauer von fünf Jahren.

Fotos: Marco Urban



Bundeskanzler Olaf Scholz



Jürgen Böhm



Ulrich Silberbach

Der dbb Gewerkschaftstag 2022 fand unter dem Motto „Staat. Machen wir!“ in der Zeit vom 27. bis 30. November 2022 in Berlin statt.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat beim dbb Gewerkschaftstag die Bedeutung des öffentlichen Dienstes betont und den Beschäftigten gedankt – sie seien „die Gestalter der Zeitenwende“.

„Deutschland braucht einen starken öffentlichen Dienst – gerade jetzt in diesen Krisenzeiten“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Öffentlichen Veranstaltung des dbb Gewerkschaftstag am 29. November 2022 in Berlin. Die Zeitenwende, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und den einhergehenden Bruch der europäischen Friedensordnung, mache nirgendwo Halt und betreffe in ihren Auswirkungen sämtliche Bereiche des öffentlichen Dienstes, wo die Beschäftigten neben den „normalen“ Aufgaben unter Hochdruck an der Unterstützung für Geflüchtete,

der Abfederung von Härten durch Inflation und Energiepreisexposition und der Umsetzung der Energiewende arbeiteten. „Sie sind die Gestalter der Zeitenwende“, adressierte der Bundeskanzler die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes in Deutschland, „Staat machen Sie, und das sehr gut. Und dafür danke ich Ihnen von ganzem Herzen.“

Jürgen Böhm stellt als Herausforderer von Ulrich Silberbach die wahren Stärken des öffentlichen Dienstes heraus. In seiner Rede betonte er die Bedeutung der einzelnen Gremien im dbb und deren Recht auf selbstständige Arbeit in ihren Ressorts.

Ulrich Silberbach bleibt dbb Chef. Der dbb Gewerkschaftstag in Berlin wählte den 61-Jährigen für weitere fünf Jahre an die Spitze des Dachverbands.

Text: Waltraud Eder
eder@vdr-bund.de



SCHULAUSTAUSCH

Jugendliche lernen beim Austausch Dinge, die nicht im Schulbuch stehen

Beim Schulaustausch geht es um weit mehr als den Blick über den Teller- rand. Betrachtet man Schulaustausch als Bildungsangebot, bieten sich ganz neue Möglichkeiten, jungen Menschen Kompetenzen fürs Leben zu vermitteln. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) fördert seit 1991 Begegnungen junger Deutscher und Polen.

Glücklich und stolz stehen die Achtklässlerinnen und Achtklässler der Marie Curie Realschule Plus aus Bad Marienberg vor der Wand, die Spraydosen in der Hand. In knallbunten Lettern haben sie „respect“ an die Wand gesprüht, direkt daneben „diversité“ (französisch für Vielfalt) und „radość“ (polnisch für Freude). Das große Graffito haben die Jugendlichen bei ihrem Austausch mit der Partnerschule „Gdańska Szkoła Podstawowa Lingwista im. Zjednoczonej Europy“ aus Danzig gestaltet. Es prangt jetzt an der Wand im Foyer vor der Schulaula. „Wir wollten ein Programm anbieten, bei dem die Schülerinnen und Schüler länderübergreifend zusammen arbeiten“, berichtet Lehrerin Judith Dietz. „Die Jugendlichen lernen beim Austausch, mit dem Unbekannten umzugehen“, sagt sie.

Gefördert werden Begegnungen wie diese vom DPJW, das einen Zuschuss für die Reise- und die Programmkosten gewährt. Übernachtet wird häufig in den Familien der Gastgeber, damit die

Jugendlichen einen echten Einblick in den Alltag im jeweiligen Nachbarland bekommen. Es können sich aber auch beide Gruppen in einer Jugendbegegnungsstätte zum gemeinsamen Projekt treffen. Darüber hinaus bietet das Jugendwerk eine ganze Reihe von Beratungsangeboten an z.B. für Schulen, die sich gerade erst für einen deutsch-polnischen Austausch entschieden haben. Und es gibt eine Reihe praktischer Methodenseminare für Pädagoginnen und Pädagogen (online und live), die fürs Organisieren von Jugendbegegnungen hilfreich sind.

Ein Schulaustausch ist viel mehr als eine zusätzliche Klassenfahrt. Viele Schulen erkennen die Chance, während eines Schulaustauschs Lehrinhalte auf andere Art zu vermitteln. Sei es Kunstunterricht auf andere Art wie beim Graffitisprühen oder bei gemeinsamen Stunden in Naturwissenschaften oder Projekten zur Berufsorientierung. Die Jugendlichen entdecken oft ungeahnte Talente an sich und lernen Dinge, die nicht im Schulbuch stehen. Sie werden selbstsicherer, teamfähiger und weltoffener.

Für Regina Maußner von der Hugo-Höfler-Realschule aus Breisach am Rhein ist der Jugendaustausch auch immer Friedensarbeit. „Das Thema Holocaust ist bei unserem Austausch fester Bestandteil“, sagt die Lehrerin. Kein Wunder, denn die Partnerschule ist aus Oświęcim, der Stadt in Polen, in der die

Nationalsozialisten das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau errichteten und Millionen von Juden ermordeten. Auch bei den Besuchen in Breisach lässt sich das Thema umsetzen. Im dortigen Blauen Haus, einem ehemaligen jüdischen Gemeindehaus und heute Gedenk- und Bildungsstätte für die Geschichte der Juden am Oberrhein, machen die Acht- und Neuntklässler oft ihre ersten Erfahrungen mit diesem dunkelsten Kapitel deutsch-polnischer Geschichte. Im Schuljahr darauf besuchen sie dann die Gedenkstätte des ehemaligen KZ Auschwitz-Birkenau. „Der Besuch der Gedenkstätten verändert die Schülerinnen und Schüler“, hat Maußner festgestellt. Da bekommen die furchtbaren Taten der Nazis plötzlich Namen und Gesichter. „Oft engagieren sich die Jugendlichen anschließend in unserer Gedenkstätte in Breisach.“

Doch nicht nur die Grausamkeiten der NS-Herrschaft sind Thema beim Austausch. „Was uns verbindet“ ist der wiederkehrende Titel dieser seit 2005 bestehenden Schulpartnerschaft. So gehören neben teambildenden Angeboten z.B. auch ein Besuch im Europaparlament in Straßburg und relativ viel Zeit in den gastgebenden Familien mit ins Programm. „Wenn sich die Schülerinnen und Schüler dann am Ende nicht trennen wollen, weiß ich, dass wir es wieder gut gemacht haben“, sagt Regina Maußner.

Anzeige

Austausch mit Polen
an meiner Schule?

Aber
klar!

Schulaustausch ist eines der nachhaltigsten Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche, denn er ist Unterricht – an einem anderen Ort und mit anderen Methoden.

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk unterstützt:

- Ihre Begegnung finanziell
- bei der Suche nach einer Partnerschule
- bei Programmplanung und Organisation

Haben Sie Fragen?

Wir beraten Sie gern!

Deutsch-Polnisches Jugendwerk
Tel. +49 331 28479-33
schule@dpjw.org, www.dpjw.org



AUS DEN LÄNDERN

→ HESSEN

Gelungener 1. Hessischer Grundschultag mit kleinen Schritten, großen Visionen und der lauten Forderung nach #adreizehn für #grundschulen

Unter dem Motto „Kleine Schritte. Große Visionen.“ lud das Bündnis Grundschule Hessen – gegründet vom Grundschulverband Hessen, dem Interessenverband Hessischer Schulleitungen und dem Verband der Lehrer Hessen – am 15. Oktober 2022 zum 1. Hessischen Grundschultag in die Kopernikusschule Freigericht ein.

Nach den obligatorischen Grußworten der Veranstaltenden starteten die rund 250 Lehrkräfte, Referendarinnen und Referendare, UBUS- und Förderschulkräfte, Schulleitungen sowie Referierende in den gemeinsamen Aktionstag. Mit den über 21 Workshops zu unterschiedlichen Themen wie z.B. „MINT-Bildung“, „Rassismuskritische Bildungsarbeit“, „Umgang mit dem Grundwortschatz“, „Einblicke in die Arbeit mit dem ETEP-Programm“, „Veränderung der Lehrkräfteausbildung der zweiten Phase“ und „MatheMagia Mental Arithmetics“ wurde eine kaleidoskopartige Vielfalt geboten.

Deutlich wurde während des Kongresses, dass der Fachkräftemangel im Bereich des Grundschullehrer*innen ein spürbares und unübersehbares Problem darstellt, das die Lehrkräfte in den vergangenen Jahren an und teilweise über ihre Belastungsgrenzen hinausbrachte und immer noch

bringt. Mangelnde Wertschätzung für die anspruchsvolle pädagogisch-didaktische Arbeit, die noch immer steigende Arbeitsverdichtung und auch die im Vergleich zu anderen Lehrämtern unfaire, niedrigere Bezahlung verschärfen dabei die Problematik.

Grundschullehrkräfte, die den Grundstein für die schulische Laufbahn legen, dabei die wohl heterogenste Schülerschaft fördern und fordern sollen, die selbst eine lange und wissenschaftliche Ausbildung absolviert haben, die kind-bezogen sowie theoretisch fundiert unterrichten, die pädagogische Reformen umsetzen und mit ihrer Arbeit die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland sichern, verdienen aber eine bessere Bezahlung.

Diese Aspekte gaben die drei Landesvorsitzenden Jörg Leinberger (VDL), Mario Michel (Grundschulverband Hessen) und Matthias Döbel (IHS) an die prominenten

Gäste aus der Bildungsverwaltung und dem Hessischen Landtag weiter, die sich zum Teil sogar für den gesamten Kongresstag Zeit genommen hatten.

Staatsminister Prof. Dr. Lorz bekam nach seiner Ansprache über seine „Visionen für das Jahr 2030“ seinen persönlichen „rosa Elefant“ in Gestalt eines 5x2,5 Meter großen „#adreizehn für #grundschulen“-Banners überreicht, an dem sich hunderte hessische Grundschullehrkräfte mit ihren Bildern beteiligt hatten. Auch wenn der Kultusminister versprach, dass sich die Besoldung in den nächsten Jahren in Sachen ändern werde, so kündigten die anwesenden Grundschullehrkräfte an, ihn an seine Versprechungen mit einer Weihnachtspostaktion in der Adventszeit regelmäßig zu erinnern.

Kerstin Jonas



Unten: Moderator Torsten Schmalt (links) bei der Übergabe des Banners an Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz – rechts: Postkarte mit Weihnachtswunsch



→ SACHSEN-ANHALT

Tiny Forests in Schkopau – Nachfolger gesucht! Umweltprojekte haben eine lange Tradition an der Sekundarschule „Saale-Elster-Auen“

Zuerst waren es Gewässeruntersuchungen im Umfeld der Chemiebetriebe. Seit 2015 gibt es einen Schulwald auf dem Gelände des Schlossparks. Inzwischen wurden 55 Bäume gepflanzt und seit 2016 hat jede Klasse, die unsere Schule verlässt, einen Baum im Schulwald. Ebenso pflanzen Lehrkräfte, die in den Ruhestand gegangen sind oder an unserer Schule zu arbeiten beginnen, einen Baum. Im Rahmen der Aktion „Sauberes Schkopau“ pflegen einzelne Klassen den Schulwald und bereinigen regelmäßig die Gewässerlebensräume in Schkopau.

2017 nahm der Landschaftsökologe Professor Reuter an der Pflanzung im Schulwald teil. Er berichtete von seinen Forschungen und so beschlossen wir, gemeinsam neue Formen der Landnutzung zu erproben. Von da an fügte sich alles: die Gemeinde stellte uns 2018 eine Fläche zur Verfügung, die geeignet ist, verschiedene Formen von Anpflanzungen zu erproben: eine Wildobstwiese, Hecken ...

Zuerst sollten zwei Tiny Forests entstehen. Die Servicestation der Gemeinde Schkopau baggerte Regenmulden aus, in die unsere Miniwälder gepflanzt wurden, förderte Betonplatten zu Tage, bewässert jetzt während der Anwuchsphase die Bäume, kurzum, das Team steht uns immer hilfreich zur Seite. Zur Planung und Organisation gibt es eine Umweltarbeitsgemeinschaft. Ein Umweltkurs bestimmte die vorhandenen Baumarten. Eine Schülergruppe führte Bodenuntersuchungen durch und erarbeitete eine Artenliste für die Bepflanzung der Fläche. Professor Reuter entwickelte die Pflanzpläne für die beiden Miniwälder.

Unser Schulförderverein, die Saalesparkasse und die Stiftung Bildung sichern die finanzielle Unterstützung. Dreh- und Angelpunkt sind natürlich die Bäume. Frau Boy, Inhaberin der Baumschule Richter, die immer die Bäume für unseren Schulwald liefert, sagte von Anfang an ihre Unterstützung zu. Sie besorgte alle Baumarten, auch Zerleichen, Flaumeichen und Ungarische Eichen, die zum ersten Mal im Saalekreis angepflanzt wurden.

Darüber hinaus bereitete sie Pflanzbündel vor, das für jeden Pflanzabschnitt die acht zu pflanzenden Arten enthielt. Nicht genug, brachte ihr Team für beide Miniwälder Zäune mit einer Länge von etwa 130 Metern an, um die Anpflanzungen vor Wildverbiss zu schützen. Zwei Türen ermöglichen den Zugang für weitere Untersuchungen zu unseren Experimentalfeldern.

Die Klassen erhielten im März ihre Pflanzaufträge mit den Pflanzplänen der für sie vorgesehenen Fläche. Die Schüler wurden in ihren Klassen eingeteilt für die Pflanzabschnitte und die Dokumentation.

Am 21. März 2022 wurde der runde Tiny Forest von vier Klassen gepflanzt – 250 Bäume auf einer Fläche von ca. 125m² mit einem Radius von ca. 6,3m. Am 22. und 23. März 2022 folgten neun Klassen, um den rechteckigen Tiny Forest, ca.

eine Experimentalfläche zur Entwicklung der Biodiversität auf kleinstem Raum. Jetzt wird es spannend: Gelingt es, den eng gepflanzten Baumbestand zu einem rasch wachsenden kleinen Wald hochzuziehen, um die Vorteilswirkungen wie die Abmilderung und den Ausgleich klimatischer Extreme hinsichtlich bodennaher Erhitzung, erhöhter relativer Luftfeuchtigkeit, erhöhter CO₂-Bindung, erhöhter Sauerstoffproduktion schneller genießen zu können?

Um der zunehmenden Flächenversiegelung, dem Wald- und Baumsterben angesichts der zunehmenden Trockenheit etwas entgegen zu setzen, gestalten die Schüler „Inseln der Hoffnung“, wirken mit an der Veränderung der Welt, die sie sich wünschen.

Wir Schkopauer folgten der Idee des Japaners Akira Miyawaki – pflanzten die



Drei Klassen pflanzen im rechteckigen Tiny Forest. Beide Tiny Forests sind eingezäunt auf unserer Fläche.

sechs mal vierzig Meter, insgesamt 240m² mit 480 Bäumen zu gestalten. 13 Klassen pflanzten 730 Bäume, bewässerten sie und ermittelten die Ausgangshöhe für ihre Protokolle.

Es gibt zu den Tiny Forests keine längerfristigen Beobachtungen in Deutschland und Europa. Deshalb handelt es sich um

ersten Tiny Forests in Sachsen-Anhalt und begründeten das erste Schulprojekt in Deutschland. Wenn es gelingt, in Gemeinden und Schulen viele Nachfolger zu finden, leisten wir einen Beitrag, die Folgen des Klimawandels durch diese neuen Formen der Landnutzung einzudämmen.

Renate Dorn, Projektleiterin

→ NORDRHEIN-WESTFALEN

Hausgemachter Lehrkräftemangel

Kurz nach ihrem Amtsantritt hat Schulministerin Dorothee Feller eine AG Unterrichtsversorgung eingerichtet. Sie sollte Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung in NRW erarbeiten. Leider werden eher die Symptome als die Ursachen des Lehrkräftemangels angepackt.



Nordrhein-Westfalens Bildungsministerin
Dorothee Feller

Zum Schuljahresbeginn fehlten in Deutschland nach Schätzung des Deutschen Lehrerverbandes bis zu 40.000 Lehrerinnen und Lehrer. Dennoch sind die Lücken unterschiedlich groß, was auch daran liegt, dass Arbeitsbedingungen, Gehalt und Aufstiegsmöglichkeiten von Bundesland zu Bundesland differieren. Ein Beispiel: Bayerns Personalsorgen sind vergleichsweise gering, der Arbeitsplatz Schule ist vergleichsweise attraktiv: So unterrichtet die bayrische Realschullehrkraft 24 Stunden pro Woche (NRW: 28), das Eingangsamt ist seit jeher A13 (NRW noch A12), es gibt ein funktionsloses erstes Beförderungsamts, das nach A13 mit Zulage vergütet wird (NRW A13), und ein Schulleitungsteam, das in Abhängigkeit von der Größe des Kollegiums aus bis zu sechs Personen bestehen kann (NRW bis zu drei).

VIELFÄLTIGE URSACHEN

Wer den Lehrkräftemangel in NRW ergründen möchte, muss aber noch etwas genauer hinschauen. Der heutige Mangel an Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen hängt beispielsweise da-

mit zusammen, dass unter der früheren Schulministerin Sylvia Löhrmann der Inklusionsprozess ungesteuert in die Fläche getrieben wurde, ohne dass zuvor eine sorgfältige Berechnung angestellt worden war, ob für diesen Turbo ausreichend sonderpädagogisches Fachpersonal zur Verfügung steht. Die Entscheidung der Nachfolgerregierung, die Zerschlagung unseres Förderschulsystems zu stoppen, halte ich nach wie vor für richtig (es ist eines der besten der Welt) – sie war und ist aber auch personalintensiv, denn die Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen an den Förderschulen fehlen an den Schulen des Gemeinsamen Lernens.

Der Mangel an Grundschullehrkräften hängt nicht etwa damit zusammen, dass die Zahl der Interessierten für solch ein Studium zu gering ist, sondern damit, dass die Zahl der Studienplätze nicht ausreichend ist. Das hat auch dazu geführt, dass der Numerus Clausus absurde Höhen erreicht hat. Zudem gibt es beim Grundschullehramt eine vergleichsweise hohe Abbrecherquote.

Der MINT-Lehrermangel herrscht schulformübergreifend vor. So haben beispielsweise in NRW laut Bildungsforscher Klaus Klemm zuletzt im Schnitt nur 15 Personen pro Jahr einen Abschluss für das Lehramt im Fach Informatik gemacht. Seine Erklärung: „Menschen, die etwas Technisches studieren, wollen meist nicht in der Schule arbeiten. Informatiker, Chemiker und Mathematiker aber haben oft viel besser bezahlte Jobmöglichkeiten, zum Beispiel in der Industrie.“

EINE KAMPAGNE, DIE AN HYBRIS GRENZTE

Wenig hilfreich für die Lehrkräfteversorgung an den Schulen der Sekundarstufe I war es sicherlich auch, dass Nordrhein-Westfalen sich viel Zeit gelassen hat, um die Konsequenzen aus der Reform der Lehrerbildung (2009) zu ziehen und das Eingangsamt A13 zu schaffen. Zu Beginn der schwarz-gelben Legislaturperiode hatte man offensichtlich noch ge-

meint, man könne das Problem mit einer (sprachlich unterirdischen) Lehrkräftegewinnungskampagne in den Griff bekommen. Das grenzte beinahe an Hybris.

SCHULFORMÜBERGREIFENDE ABORDNUNGEN

Mit einer gewissen Besorgnis schaue ich aus Gewerkschaftssicht auf das Maßnahmenpaket, das die AG Unterrichtsversorgung geschnürt hat. Da kommen einige Härten auf uns Lehrkräfte zu. Eine singuläre Maßnahme ist den Hauptpersonalräten bereits früh vorgestellt worden: Man werde in Zukunft an einigen Standorten auf schulformübergreifende Abordnungen angewiesen sein, um die Stundentafeln insbesondere an einigen Grundschulen erfüllen zu können. Da von den sieben nordrhein-westfälischen Schulformen nur das Gymnasium gegenwärtig einigermaßen auskömmlich ausgestattet ist, gehe ich davon aus, dass vor allem diese Schulform betroffen sein wird. Im Gespräch mit dem Ministerium habe ich darauf verwiesen, dass ich mir solche Abordnungen allenfalls für einen begrenzten Übergangszeitraum auf Basis der Freiwilligkeit vorstellen kann. Denn nicht jeder, der mit Kompetenz, Begeisterung und Leidenschaft gemeinsam mit seinem Leistungskurs Deutsch der Frage nachspürt, was die Welt im Innersten zusammenhält („Faust“), ist willens und in der Lage, anhand des „Däumling“ Grundschulkindern Lesekompetenz zu vermitteln. Das Schulministerium hat daraufhin den Bezirksregierungen schriftlich aufgetragen, „freiwillige Meldungen einer Lehrkraft vorrangig zu prüfen“. Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob schulformübergreifende Abordnungen in nennenswerter Zahl tatsächlich anwendbar sind. Und falls nicht, ob es in auskömmlicher Zahl Lehrkräfte gibt, die sich abordnen lassen wollen und gleichzeitig an ihrer Stammschule verzichtbar sind.

Sven Christoffer
Vorsitzender Lehrer nrw

→ BAYERN

KI@school – 15 Schulen aller Schularten aus ganz Bayern entwickeln pädagogische Konzepte – Bayern erstes Bundesland mit Schulversuch zu KI

Ob bei Suchportalen im Internet, dem Autofahren oder vielen kleinen Hilfen im Alltag: Der Einsatz künstlicher Intelligenz entwickelt sich rasend schnell und ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. In der Schule spiegelt sich diese Entwicklung bisher jedoch kaum wider. Der Freistaat Bayern möchte das ändern und hat deshalb den Modellversuch „KI@school“ ins Leben gerufen. 15 Schulen aus allen Regierungsbezirken sollen dabei in den nächsten fünf Jahren unter strenger Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben verschiedene pädagogische Konzepte und Lernsettings entwickeln, in denen auf Komponenten der Künstlichen Intelligenz zurückgegriffen wird.

Kultusstaatssekretärin Anna Stolz unterstrich bei der Auftaktveranstaltung die Bedeutung des Modellversuchs: „Künstliche Intelligenz ist ein Schlüssel zur Welt von morgen. Wir alle nutzen sie, doch nur wenige wissen, wie sie eigentlich funktioniert. Ich bin überzeugt: Wer Aufbau und Hintergründe versteht, der kann auch Potentiale besser nutzen. An unseren Modellschulen wollen wir daher gemeinsam neue Wege erproben. Gewinner sind unsere Schülerinnen und Schüler, die wir beim Lernen und Lehren noch besser unterstützen, individuell fördern und gleichzeitig fit für die Welt von morgen machen.“

Den Modellschulen soll dabei bewusst der nötige Freiraum gegeben werden, um didaktische Innovationsprozesse einzuleiten und Neues zu probieren. Dabei werden sie von Arbeitsforen, die sich aus Vertretern der Wissenschaft, des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus sowie der Schulleiter-, Lehrer- und Elternverbände zusammensetzen, tatkräftig unterstützt. Ein Zusammenwirken, das für Anna Stolz maßgeblich zur erfolgreichen Umsetzung des Modellversuchs beitragen wird: „Klar, auf der einen Seite möchten wir neue, hochmoderne und innovative Formen des Lehrens und Lernens entwickeln. Aber es muss, und das ist ganz wichtig, natürlich auch um die Frage gehen, wie ich meine Daten und Persönlichkeitsrechte schützen kann. Mehr noch: Wir wollen gemeinsam festlegen, was Künstliche Intelligenz darf und wo wir Grenzen setzen müssen.“

Die Schulen wissen bei diesem Unterfangen mit der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. einen verlässlichen Partner und Exklusivsponsor an ihrer Seite. Bertram Brossardt, der Hauptgeschäftsführer der vbw betonte:

„Künstliche Intelligenz (KI) ist im Zuge der digitalen Transformation eine Schlüsseltechnologie. Darum müssen wir sie im Bildungsbereich als Chance verstehen und ihre Möglichkeiten für das Lernen nutzen.“

Genau hier setzt die Stiftung Bildungspakt Bayern mit dem Schulversuch ‚KI@school‘ an. Im Rahmen von datenschutzkonformen Gesamtkonzepten unterstützt KI den gesamten Prozess des digitalen Lernens und ermöglicht individuelle Förderung. Wir steigern den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler und sorgen für mehr Bildungsgerechtigkeit. So tragen wir dazu bei, dass Bayern beim Einsatz von KI in der Bildung deutschlandweit eine Vorreiterrolle einnimmt. Darum unterstützen wir den Modellversuch neben weiteren Projekten der Stiftung als Exklusivpartner.“

Durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus beabsichtigte Inhalte und Ziele

Künstliche Intelligenz (KI) gilt international als entscheidende Zukunftstechnologie. Im Bildungsbereich ist mit dem Einsatz von KI insbesondere die Erwartung verbunden, durch den Einsatz von Learning Analytics der wachsenden Heterogenität in Lerngruppen viel besser begegnen zu können. Im geplanten Schulversuch werden unter Beachtung des Datenschutzes pädagogische Gesamtkonzepte entwickelt, wie die beim digital gestützten Lernen generierten Daten von Schülerinnen und Schülern in bestimmten Phasen des Lernprozesses durch den Einsatz von KI für die individuelle Förderung genutzt werden können und so der Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern gesteigert werden kann.

Im Schulversuch sind folgende Entwicklungsaufgaben zu bearbeiten:

- Identifikation und Klärung von Rechtsfragen bei der Verarbeitung, Auswertung und ggf. anonymisierten Weitergabe von Lerndaten
- Entwicklung von Kommunikationsstrategien für eine datengestützte Lernbegleitung
- Professionalisierung von Lehrkräften im Umgang mit Lerndaten und beim Einsatz von KI-gestützten Systemen
- Erarbeitung von Konzepten zur Steigerung der Diagnosekompetenz von Lehrkräften im Umgang mit durch KI erhobenen Informationen/Daten
- Identifikation von Einsatzszenarien zum Einsatz von algorithmischen Systemen in ausgewählten Fächern für den weiteren Ausbau der individuellen Förderung und Lernbegleitung
- Erarbeitung und Erprobung von Konzepten zur Umsetzung der ausgewählten Einsatzszenarien
- Erprobung von Modulen zum Umgang mit KI-gestützter Lernbegleitung für die Lehrerfortbildung bzw. für die zweite Phase der Lehrerbildung
- Untersuchung und Evaluation der lernförderlichen Effekte von KI-gestützten Anwendungen, die im Rahmen des Schulversuchs zum Einsatz kommen.

Kultusstaatssekretärin Anna Stolz freut sich über diese Unterstützung und sagt abschließend: „Wir wollen Neues wagen und greifen ein Thema auf, das voll am Puls der Zeit liegt. Die Chance ist einmalig: Wir schaffen für die jungen Menschen im Freistaat, KI made in Bayern!“

In Impulsen und Vorträgen wurden die anwesenden Vertreter der Schulen in München auf die Thematik eingestimmt. Bei allen technologischen Neuerungen und

Möglichkeiten, die KI bietet, müssten immer auch ethische Aspekte und Leitlinien, wie Fairness, Menschlichkeit, Gerechtigkeit und der Vorrang des menschlichen Handelns, beachtet werden. Besonders bei der Nutzung von KI im Klassenraum brauche es die pädagogische Professionalität der Lehrkraft mehr denn je.

Auf dem Podium diskutierten Prof. Dr. Jochen Kuhn, Prof. Dr. Tobias Röhl, Bertram Brossardt, Kultusstaatssekretärin Anna

Stolz und Eva Stolpmann von der Stiftung Bildungspakt Chancen, Möglichkeiten und Risiken von KI im Alltag und an Schulen.

Waltraud Eder

→ SCHLESWIG-HOLSTEIN

Über Wissenschaft, die wenig Wissen schafft – Zum Bericht „Bildung in Schleswig-Holstein im Spiegel der nationalen Berichterstattung“

In der begleitenden Presseerklärung zum Bildungsbericht für das Jahr 2020, der im vergangenen Jahr vorgestellt wurde, versprach Ministerin Karin Prien nicht weniger als die Sammlung „wesentliche(r) Daten über die Rahmenbedingungen, die Gestaltung, Ergebnisse und Wirkungen des schleswig-holsteinischen Schulsystems“, die künftig Grundlage für „Verbesserungen“ sein könne. Nun erwies sich die Veränderung als vorherrschende Konstante in der schleswig-holsteinischen Bildungspolitik. Die Abschaffung von Haupt- und Realschulen, ihre Umwandlung in Regional- und Gemeinschaftsschulen sowie die spätere Zwangsumwandlung der Regional- in Gemeinschaftsschulen als einzige weiterführende Schule neben dem Gymnasium beschreibt nur die äußere Dimension einer Veränderung, die eine völlige Abkehr von pädagogischen Grundprinzipien, vor allem in den Gemeinschaftsschulen, bedeutete. Dazu gehörten unter anderem:

Kompetenzen statt Noten, Abschaffung des Sitzenbleibens (müheloser Aufstieg bis Klassenstufe 9), Auflösung der Fächer (NaWi, Weltkunde), verpflichtendes gemeinsames Lernen (Verbot der Bildung abschlussbezogener Klassen) sowie eine deutliche Erhöhung der Inklusionsquote.

An diesen Grundsätzen gab es unter der amtierenden Landesregierung nur marginale Änderungen wie die Einführung einer Versetzung auf Probe ab Klassenstufe 7.

Als ein Verband, der sich früher als „Verband Deutscher Realschullehrer Schleswig-Holstein“ ausschließlich als Interessenvertretung dieser Schulart verstand und die Abschaffung der Realschulen nicht nur kritisch begleitete, sondern in einem Volksbegehren aktiv bekämpfte, haben wir eine wissenschaftliche Evaluation dieser Schulstrukturreformen stets angemahnt.

DER BERICHT – ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Wir nahmen interessiert zur Kenntnis, dass der vom Leibniz Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation (DIPF) erstellte Bericht laut Prien nicht nur den Anspruch erhebt, umfangreiche Daten bereitzuhalten, sondern diese auch auszuwerten. So heißt es in der Presseerklärung weiter: „Außerdem bewerte der Bericht den Strukturwandel des schleswig-holsteinischen Bildungssystems hin zu einer zweigliedrigen Schullandschaft“, gefolgt vom Ergebnis der Analyse: „Der Bildungsbericht zeigt, dass dieser Schritt mehr Übersichtlichkeit gebracht habe und eine hohe Durchlässigkeit gewähre.“

Es ist schon erstaunlich, wie die Folgen der Auflösung von Schularten und damit auch die Einschränkung von Wahlmöglichkeiten hier unreflektiert im Sinne eines Fortschrittes verklärt werden.

Die Lektüre des eigentlichen Berichtes gab Aufschluss über die Bedenken, welche die begleitende Presseerklärung hinterließ. Bereits ohne Inanspruchnahme des wissenschaftlichen Beirates unseres Verbandes stellten wir fest, dass der Bericht die formulierten Erwartungen nicht erfüllen kann. Eine Untersuchung, wie sich die Einführung der inklusiv ausgerichteten Gemeinschaftsschule im Hinblick auf Qualität und weitere Parameter im Vergleich zum vormals differenzierten Schulwesen entwickelt hat, wird nicht vorgenommen. Die durchgehend positive Konnotation des vermeintlich „zweigliedrigen Schulsystems“ im Allgemeinen und die strukturelle Berechtigung der Gemeinschaftsschule als Ort des längeren gemeinsamen Lernens im Besonderen sind folglich nicht das Ergebnis einer Analyse, sondern werden als Axiom vorausgesetzt. So wird bei der Analyse der schwachen Leistungen im Fach Mathematik im Vergleich zu den Gymnasien zwar darauf verwiesen, „dass sich die Schülerschaft an den Gemeinschaftsschulen zudem erwartungsgemäß leistungsheterogener zusammensetzt als an den Gymnasien“, ohne das Naheliegende auch nur in Erwägung zu ziehen, nämlich das „längere gemeinsame Lernen“ selbst infrage zu stellen. Stattdessen wird die Frage nach der Qualität der Binnendifferenzierung gestellt: „Inwiefern dieser Heterogenität mit einer adaptiven Unterrichtsgestaltung und differenzier-

ten Methoden für Leistungsstärkere und -schwächere begegnet wird, kann an dieser Stelle nicht abschließend beurteilt werden“; heißt es und zugleich der mögliche Förderungsbedarf in den Raum gestellt: „Dies gilt es künftig im Blick zu behalten, um alle Lernenden entsprechend ihrer kognitiven und motivationalen Voraussetzungen gleichermaßen fördern zu können.“

Wird hier gar angedeutet, nicht die Heterogenität sei das Problem, sondern die Unfähigkeit der Lehrkräfte, dieser angemessen zu begegnen? Zumindest erwähnt der Bericht, dass seit 2019 ein sogenannter „Masterplan Mathematik“ seitens der Landesregierung aufgelegt wurde, um dieser Entwicklung zu begegnen, „insbesondere in den Bereichen der Lehrkräfteausbildung und -fortbildung sowie der Digitalisierung von Mathematikunterricht“.

DIE FEHLINTERPRETATION DES BERICHTS

Statt die massiven Strukturveränderungen im schleswig-holsteinischen Bildungssystem ergebnisoffen zu evaluieren, gerade im Hinblick auf sinkende Leistungen, wird die Entwicklung des „zweigliedrigen Schulsystems“ als „zukunftsfähiges Bildungssystem“ gesetzt, das zu mehr Übersichtlichkeit führte und sich zudem als flexibel und zukunftsfähig erweist.

Statt für jeden die richtige Schule, gibt nun die eine Schule für alle. Dies ist übersichtlich. Die hohen Wechselzahlen von Gymnasien zu Gemeinschaftsschulen werden u.a. herangezogen, um die Akzeptanz dieser Schulart zu beweisen: „Auch in den Wechseln spiegelt sich ihre zunehmende Akzeptanz wider, da im Zeitverlauf weniger Schülerinnen und Schüler von einer Gemeinschaftsschule auf ein Gymnasium wechseln, die Zahl der Wechsel zur Gemeinschaftsschule aber stieg.“ Eine Akzeptanz ließe sich ableiten, wenn es eine Wahl gäbe. Auf die relativ banale Einsicht, dass nicht jeder das gymnasiale Niveau erreicht und daher der Besuch der Gemeinschaftsschule in diesem Fall „alternativlos“ ist, wird nur am Rande eingegangen.

Um nicht missverstanden zu werden: Wir zweifeln nicht die Wissenschaftlichkeit dieser Studie an. Die Datenerfassung erfolgt sauber und nach wissenschaftlichen Kriterien. Der Untersuchungsgegenstand wurde hingegen vorgegeben, wie die „Digitalisierung“ oder die „kulturelle Bildung“,

ebenso Fragestellungen, die es nicht zu untersuchen galt.

Dies führt aus unserer Sicht zu einer fehlenden Deutungstiefe, zu Fehlschlüssen, letztlich dazu, dass die scheinbare Objektivität von wissenschaftlicher Beratung einem politischen Ziel dient.

UNSERE REAKTION

Wir sind keine Wissenschaftler und baten um wissenschaftliche Expertise im Umfeld unseres wissenschaftlichen Bei-



Zum Nachlesen

Die Studie „Bildung in Schleswig-Holstein im Spiegel der nationalen Bildungsberichterstattung 2020“ finden Sie unter https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/III/_startseite/Artikel_2022/Januar2022/220117_bildungsbericht.html

rates. Da die (wissenschaftliche) Analyse Zeit in Anspruch nimmt, kamen nur erste Einschätzungen. Ein Bildungsphilosoph erkennt in der Studie eine „normative Empirie, d. h. eine implizite normative Vorstellung von Bildung wird in den Indikatoren und Modellen versteckt.“ Ein emeritierter Bildungsforscher sieht „unzählige Versuche, Nachteile des Übergangs zu Gemeinschaftsschule zu relativieren“. Die quantitative Darstellung von kognitiven Kompetenzen ermöglicht keine qualitative Beurteilung. Digitalisierung und Ganz-

tag werden nicht pädagogisch reflektiert. „Die Verfasser hängen insgesamt einem überholten Kenntnisstand bezüglich Schulstruktur an.“

Zeit für eine umfangreichere Einschätzung fand Professor Karl Fees, der daher hier namentlich genannt wird und dessen Kritik wir im Anschluss veröffentlichen und inhaltlich mittragen.

Diese Studie kann aufgrund der Mängel nicht Grundlage für die weitere Schulentwicklung in Schleswig-Holstein sein. Sie führt nicht zu der gewünschten „Entwicklung wirksamer Instrumente für Verbesserungen“, sondern verhindert diese und führt zu einer Verengung des wissenschaftlichen, aber auch politischen Diskurses. Wer den Anspruch erhebt, den Strukturwandel in der schleswig-holsteinischen Schullandschaft ehrlich zu bewerten, muss die Qualität der Leistungen in Abhängigkeit zu den Veränderungen der Schulstrukturen analysieren. Dazu gehört ebenso, die Abschlüsse zu bewerten, die sich beispielsweise vom „Realschulabschluss“ zum „Mittleren Bildungsabschluss“ nicht nur semantisch verändert haben, sondern vor allem qualitativ – nach unten. Auch die Steigerung der Abiturientenquoten ist kein Erfolg, wenn die Allgemeine Hochschulreife keine Studierfähigkeit garantiert. Warum werden keine Daten erhoben, an welcher Schulart die vielen Studienabbrecher ihr Abitur erworben haben?

Die CDU legte in der Vergangenheit viel Wert darauf, aus ihrer Sicht „rückwärts-gewandte Schulstrukturdiskussionen“ zu vermeiden. Dies ist schon deshalb verständlich, da sie maßgeblich an der „Übersichtlichkeit“ des jetzigen Bildungssystems mitgewirkt und diese zu verantworten hat. Wenn die Bildungsministerin jetzt diese Haltung aufgibt und diese Diskussion führen möchte, erwarten wir eine offene Diskussion und eine tiefgreifende wissenschaftliche Aufarbeitung im beschriebenen Sinne.

Wir werden diese Diskussion führen, als Lehrkräfte mit Unterstützung und in der Diskussion mit der Wissenschaft. Dies tun wir nicht, um rückwärts-gewandt eine gute alte Zeit zu beschwören, sondern um die schleswig-holsteinische Schullandschaft zukunftssicher zu machen.

Dirk Meußner,
geschäftsführenden Vorstand der IVL-SH

Wie man ein bewährtes Schulsystem mit falschen Grundannahmen gegen die Wand fahren kann

Kommentar von Prof. Dr. Konrad Fees, KIT (Karlsruher Institut für Technologie) zu Hollstein, Y. u. a.: Bildung in Schleswig-Holstein im Spiegel der nationalen Bildungsberichterstattung 2020, hg. v. DIPF/Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation

Dieses „Bildungssystem“ folge eher „integrativen Prinzipien“, als zu „selektieren und zu sortieren“ (S. 63)¹. Dieser Ansatz gilt allerdings nur für die Säule Gemeinschaftsschule, nicht für die Säule Gymnasium. Die beiden Säulen unterscheiden sich allerdings vom didaktischen Ansatz her fundamental:

- Das Gymnasium geht nach wie vor von mehr oder weniger homogenen Verhältnissen aus, und so wird dort auch unterrichtet: herkömmlicher Klassenunterricht, die Klasse wird als Ganzes angesprochen; wer dem Unterricht auf Dauer nicht mehr folgen kann, verlässt die Schule.
- Die Gemeinschaftsschule begreift heterogene Verhältnisse als Chance und setzt darauf, unterschiedliche Leistungsniveaus gleichzeitig beschulen zu können – je nach „Leistungsvermögen und Neigung“ (S. 60); ein „Abschulen“ gibt es hier nicht; da ein Mitkommen im Klassenverband von vorneherein gar nicht intendiert wird, ist auch ausgeschlossen, dass ein Schüler auf Dauer dem Unterricht nicht mehr folgen kann; jeder Schüler setzt seinen eigenen Leistungsstandard.

INGEGRATIV ODER SEGREGIEREND – WESHALB DAS GYMNASIUM BESTANDSSCHUTZ ERHÄLT

Dieser Übergang in ein zweisäuliges System folgt insofern dem in Deutschland geltenden Trend, als das Gymnasium sich als selbständige Schulart in allen Bundesländern hat behaupten können.

Von der Logik her ist das allerdings inkonsequent: wenn man, wie selbst erklärt, vor allem integrativen Ansätzen folgen will, hätte man die GM exklusiv einführen müssen. Insofern haben sich die Bildungsplaner hierbei selbst widersprochen.

Der wahre Grund dieser Inkonsequenz liegt in der Unmöglichkeit, das Gymnasium abzuschaffen: Der Elternwille ist hierbei zu stark bzw. der politische Widerstand zu groß. Eine Regierung, die das Gymnasium abschaffen würde, würde abgewählt.

Allerdings: man kann nicht gleichzeitig integrativen Prinzipien folgen (GM) und segregierend verfahren (GY). Damit hat man



Prof. Dr. Konrad Fees, Karlsruhe

sich selbst de facto die Glaubwürdigkeit entzogen.

Betrachtet man die erfassten Schülerleistungen, so fällt eine Schiefelage im Anschluss an die Grundschule ins Auge. In der Grundschule liegen die Leistungen über dem Bundesdurchschnitt, in Klasse 9 Gymnasium im Bundesdurchschnitt, nur in der Gemeinschaftsschule (Kl. 9) liegen die Leistungen signifikant unter dem Bundesdurchschnitt (S. 17 f.)

Damit ist eigentlich schon alles gesagt:

Wie jüngst noch einmal durch eine neue Studie belegt wurde – Esser, H./Seuring, J.: Kognitive Homogenisierung, schulische Leistungen und soziale Bildungsungleichheit. In: Zeitschrift für Soziologie 2020, 49/5–6, S. 277–301 – ist Unterrichten in leistungsdifferenzierten Lerngruppen dem Unterrichten in leistungsgemischten Lerngruppen immer überlegen. Letzteres zieht vor allem für die lernschwachen Schülerinnen „desaströse“ Folgen nach sich (Seuring/Esser 2020, S. 296).

DIE GEMEINSCHAFTSSCHULE ALS SCHWACHPUNKT

Dass die Gemeinschaftsschule hierbei den Schwachpunkt darstellt, wird im Bildungsbericht explizit zum Ausdruck gebracht: „so ist das schwächere Abschneiden durch die Zweigliedrigkeit rechnerisch auf die Kompetenzstände der Schülerinnen und Schüler in den Gemeinschaftsschulen zurückzuführen“ (S. 18). Dies ist der wichtigste Befund des gesamten Berichts.

Es stellt sich nur die Frage, weshalb man dieser Feststellung kein höheres Gewicht beigemessen hat und sie letztlich doch einfach unter den Tisch fallen lässt.

Der Hinweis auf die Heterogenität wird immerhin gegeben – „Es liegen darüber hinaus Hinweise vor, dass sich die Schülerschaft an den Gemeinschaftsschulen zudem erwartungsgemäß leistungsheterogener zusammensetzt als an den Gymnasien“ (S. 18). Damit hat der Bericht in der Tat die Ursache dieser Zweiteilung identifiziert, offenbar wollten die Autoren dieser Ursache aber nicht wirklich auf den Grund gehen.

Um das noch mal anders zu sagen: Der didaktische Ansatz der Gemeinschaftsschule, das Unterrichten leistungsheterogener Lerngruppen, ist die Ursache dafür, dass die GM-Schülerinnen und Schüler ihren an der Grundschule erworbenen relativen Leistungsstand nicht halten können und im Niveau deutlich an Boden verlieren.

DIE FOLGEN: SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER OHNE ABSCHLUSS

Dies kann man auch durch die auffällig hohe Quote der Schüler/innen (10 % – S. 62) belegen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Das ist genau die Klientel, welche durch den falschen didaktischen Ansatz am stärksten betroffen ist und dafür auch die härtesten Konsequenzen zu tragen hat.

Das gilt dann auch für die soziale Disparität: Schülerinnen und Schüler an Gymnasium, eher aus gehobenen sozialen Schichten, können ihren sozialen Status halten; die schwächsten Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschulen, tendenziell eher aus weniger privilegierten Schichten, werden erst recht und zwar wohl für immer ins soziale Aus gestellt!

Wie wenig die Bildungsexperten selbst diesem Ansatz vertrauen, wird aus dem Folgenden deutlich:

„Der ohnehin stark ausgebaute Übergangssektor in die berufliche Bildung sowie der darin enthaltene große Anteil von jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss könnte andernfalls mittelfristig weiterwachsen. Die Perspektiven dieser Jugendlichen sind wenig aussichtsreich“ (S. 63).

Dass die staatliche Schule ihren Bildungsauftrag in solch einem Ausmaß verfehlt, kann man sich in Deutschland zu Beginn der 2020er Jahre eigentlich kaum vorstellen:

„Die hohe Abgangsquote ohne Schulabschluss, der überdurchschnittliche Anteil an Neuzugängen im Übergangssektor und die relativ niedrigen Erfolgsquoten beim nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses verweisen darauf, dass gegenwärtig für zu viele Jugendlichen größere Hürden an dieser zentralen Übergangsstelle bestehen“ (S. 65).

Die „größeren Hürden“ hat das die Kultusverwaltung Schleswig-Holstein durch die Einführung der Gemeinschaftsschule maßgeblich selbst aufgestellt. Damit hat sie in der Tat gewährleistet, dass deutlich mehr benachteiligte Jugendliche, als dies bei anderen Verhältnissen der Fall wäre, ihren Pflichtschulabschluss verfehlen.

Den Satz „Die Perspektiven dieser Jugendlichen sind wenig aussichtsreich“ kann man nur noch als zynisch bezeichnen. Denn ihre Aussichten, einen erfolgreichen Schulabschluss zu erlangen, wären an einer Hauptschule, welche den besonderen Ausgangsbedingungen dieser Klientel weit mehr hätte entsprechen können, erheblich größer gewesen!

Damit ist der pädagogische Ansatz der Gemeinschaftsschule, weder zu „selektieren“ noch zu „sortieren“, ad absurdum geführt. Denn: wenn Schülerinnen und Schüler den Einstieg in das Beschäftigungssystem nicht finden, ist das doch „Selektion“ oder wie soll man das nennen? Offenbar liegt diesem Ansatz die Verwechslung von Weg und Ziel zugrunde. Die Aufgabe der Schule liegt nicht darin, den Schülerinnen und Schüler die Härten, Zumutungen und Anforderungen der Realwelt vorzuenthalten, sondern sie moderat auf diese vorzubereiten.

DIE VERNACHLÄSSIGUNG DES MITTLEREN BILDUNGSGANGES

Der ganze Bericht zeigt eine einseitige Fixierung auf das Abitur und die Vernachlässigung der berufsvorbereitenden Bildungsgänge, insbesondere des Mittleren Bildungsganges:

„Dafür gibt es mehr junge Menschen als in anderen Ländern, deren höchste allgemeinbildende Qualifikation der Mittlere Abschluss ist. Dies korrespondiert mit überdurchschnittlichen Bevölkerungsanteilen, die erfolgreich eine Berufsausbildung absolviert haben“ (S. 64). – „Sehr gute Erwerbschancen bestehen demgegenüber in Schleswig-Holstein vor allem für junge Erwachsene mit abgeschlos-

sener Lehre oder sonstiger Berufsausbildung“ (S. 65).

Offenbar wäre es in Schleswig-Holstein angebracht, dem Mittleren Bildungsabschluss mehr Aufmerksamkeit bzw. überhaupt Aufmerksamkeit zu schenken. Genau jener Schulbereich, der mit die größten Chancen birgt, wird weitgehend vernachlässigt. Denn:

Die Gemeinschaftsschule bietet alle drei Bildungswege zugleich an, und damit de facto gar keinen. Die Realschule hingegen, das klassische Modell mittlerer Bildung, bietet dem Schüler einen authentischen Durchlauf durch eine kohärente mittlere Bildung – in jeder Sekunde, in jedem Fach, bei jedem Lehrer, und zwar vom Eintritt an bis zum Abschluss Mittlere Reife. Leider hat Schleswig-Holstein sich von diesem Erfolgsmodell aus welchen Gründen auch immer im Jahre 2007 verabschiedet.

WEITERE SCHWÄCHEN DES BERICHTES

Hinsichtlich des Berichts: Zu beanstanden sind des Weiteren Formulierungen wie „ein zukunftsfähiges Bildungssystem“ (S. 60), die Gemeinschaftsschule habe sich „etabliert“ (S. 64), letztere habe einen „maßgeblichen Beitrag geleistet“ zur Steigerung der Abiturientenzahlen; Formulierungen dieser Art gibt es noch mehr;

- wenn die an Gemeinschaftsschulen erreichten Leistungen so schwach sind, wie kann es dann sein, dass gerade die Gemeinschaftsschulen zu solch einer Steigerung der Abiturientenzahlen beitragen? Hier hätten die empirischen Bildungsforscher erheblich kritischer vorgehen müssen;

- Begriffe wie „Bildungssystem“ (z.B. S. 63) sollten überhaupt nicht verwendet werden; offenbar haben die empirischen Bildungsforscher keine qualitative Vorstellung von Bildung im Sinne der deutschen Bildungstradition; hier fehlt jedes bildungshistorische Verständnis wie wohl auch Wissen; „Bildung“ heißt für sie, schulische Abschlusszertifikate zu erhalten, völlig unabhängig davon, auf welchen Wegen und in welcher Qualität diese erlangt wurden; von „Bildung“ sollte man im Kontext der Gemeinschaftsschule SH nicht sprechen, Bezeichnungen wie „Betreuung“, „Beschäftigung“, „Bespaßung“, „Bildungssimulation“ oder „Schule spielen“ wären hier angebrachter; selbst die Bezeich-

¹ „Das Bildungssystem ... folgt eher den integrativen Prinzipien, zu ermöglichen und Chancen zu eröffnen, als zu selektieren und zu sortieren“ (Bericht, S. 63).

nung „Schule“ in der Tradition der lateinischen und mittellateinischen „schola“ bzw. gr. „scolé“ sollte hier nicht verwendet werden;

- ganz nebenbei: von „Gemeinschaft“ kann man an der Gemeinschaftsschule auch nicht sprechen; denn Gemeinschaft stellt sich an der herkömmlichen Schule durch die gemeinsame Auseinandersetzung mit den Unterrichtsinhalt im Klassenverband (!) ein; exakt letzteres findet allerdings an den sog. „Gemeinschaftsschulen“ gerade nicht statt – jeder nach seiner Leistung, seiner Neigung, seinem Tempo;
- die Begrifflichkeit „zweiglig“ – SH habe ein „zweigliges Bildungssystem“ verrät auch eine völlige Unkenntnis des dt. dreigliedrigen Bildungswesens: Seit dem Hamburger Abkommen von 1964 gibt es in Dt. in der Sekundarstufe drei Bildungsgänge. Also: Welches Schulorganisationsmodell unter welcher Etikettierung auch immer besucht wird: letztlich kann der junge Mensch am Ende der Sekundarstufe I immer nur in einem der drei hergebrachten Bildungsgänge einen der bei-

den Abschlüsse erreichen: den Hauptschulabschluss oder die Mittlere Reife. Demzufolge existiert das dreigliedrige System immer und überall; es ist in den verschiedenen Bundesländern nur unterschiedlich organisiert.

ZUSAMMENFASSEND

Schleswig-Holstein ist ein Beispiel dafür, wie man ein letztlich doch bewährtes Schulsystem durch das Vertrauen auf falsche Grundannahmen an die Wand fahren kann. Die falsche Grundannahme: Man könne der Koppelung von ungünstigen sozialen Ausgangsbedingungen mit mangelndem Schulerfolg dadurch entgegen, dass man Leistungsanforderungen absenkt, auf die Differenzierung nach Leistung wie auch die Einhaltung selektiver Maßnahmen weitgehend verzichtet.

Auf diese Weise hat man allerdings diejenigen Schülerinnen und Schüler, welche sowieso schon benachteiligt sind, erst recht benachteiligt: Die leistungsfähigen Schülerinnen und Schüler der Gymnasien, welche nach wie vor leistungsdifferenziert verfahren bzw. mit homogenen Lerngruppen arbeiten, können ihre Potenziale ungehindert entfalten und ihren Vorsprung

weiter ausbauen, während die sowieso schon leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschulen durch eine falsche Pädagogik ein zweites Mal benachteiligt werden. Die dadurch entstehende Disparität ist beträchtlich und hinreichend belegt.

Die politische Verantwortlichkeit für diesen Zustand liegt eindeutig auf der Hand: Die Verantwortung trägt die Kultusverwaltung Schleswig-Holstein einschließlich der damit in Zusammenhang stehenden Landesregierungen. Es sagt viel aus über den Schulstandort Deutschland, dass die aktuelle Kultusministerin von Schleswig-Holstein gegenwärtig auch noch als Präsidentin der Kultusministerkonferenz amtiert.

Durch den Bildungsbericht wird dies weiterhin deutlich, in welchem unzulänglichem Ausmaß die aktuelle empirische Bildungsforschung in der Lage ist, ein solches komplexes pädagogisches System wie die staatliche Schule in Schleswig-Holstein zureichend zu erfassen. Für diese Studie zeichnet immerhin das Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation verantwortlich.

Lernen nach Corona: Alles auf Anfang?!

Deutsche Telekom Stiftung veröffentlicht dritte repräsentative Umfrage zum Lernen von 10- bis 16-Jährigen – Im Fokus: Corona-Aufholprogramme und Auswirkungen der Pandemie – Unterstützungmaßnahmen weitgehend positiv wahrgenommen – Rückkehr zu klaren Vorgaben und klassischen Unterrichtsformen

Bonn/Berlin. Unterricht an deutschen Schulen und auch das Lernen scheinen sich durch die Corona-Krise nicht nachhaltig verändert zu haben. Zwar hat sich die technische Ausstattung an vielen Schulen spürbar verbessert, aber der Einsatz digitaler Medien im Unterricht ist längst noch nicht Alltag. Das geht aus einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Deutschen Telekom Stiftung hervor. Die Ergebnisse zeichnen zudem ein vorwiegend positives Bild von den Aufholmaßnahmen, die Schulen und außerschulische Einrichtungen angeboten haben, um Versäumnisse aufzuholen. Kinder und Jugendliche wie auch Eltern zeigen sich tendenziell zufrieden mit der Unterstützung und ihrer Wirksamkeit. Noch verbliebene Lernrückstände bereiten Schülerinnen und Schülern heute weniger Sorgen als noch vor einem Jahr.

des. Nur 16 Prozent sagen, es habe keine gegeben. Zwei Drittel der Eltern geben an, dass ihr Kind vorhandene Angebote genutzt habe. Laut den Kindern und Jugendlichen waren das vor allem Zusatzaufgaben zum Selbstlernen zuhause, Extra-Aufgaben während des Unterrichts, spezielle Vorbereitungsangebote für Arbeiten und Prüfungen sowie Förderunterricht oder AGs, in denen sie Sport, Musik, Theater oder Kunst machen konnten.

Vorwiegend positiv gegenüber Lernangeboten

In ihrer Wirkung werden die Angebote überwiegend positiv gewertet – sowohl von den Kindern und Jugendlichen als auch von den Eltern: 22 Prozent der Schüler und sogar 31 Prozent der Erwachsenen sagen, die Maßnahmen haben sehr geholfen, 64 bzw. 59 Prozent meinen „etwas“. Kaum geholfen haben die Angebote aus Sicht von 9 bzw. 6 Prozent der Kinder und Jugendlichen.

Drei Viertel der Eltern finden es wichtig, dass Kinder und Jugendliche auch in Einrichtungen wie Museen, Büchereien, Vereinen oder Jugendzentren lernen können. Eltern, die ihre Kinder nicht so fördern können, wie sie es sich selbst wünschen, sagen das sogar zu 83 Prozent. Tatsächlich genutzt, um empfundene Versäumnisse aufzuholen, haben Kinder und Jugendliche aber vor allem Sportvereine. Knapp ein Viertel hat dagegen von keiner der abgefragten außerschulischen Einrichtungen Gebrauch gemacht.

Pressemitteilung der Deutsche Telekom Stiftung vom 15. Dezember 2022

Für die dritte Erhebung in der Frage, wie 10- bis 16-Jährige lernen, hat das Allensbach-Institut im Herbst 2022 rund 1.000 Kinder und Jugendliche der Klassenstufen fünf bis zehn sowie rund 500 Eltern mit Kindern dieser Altersgruppe befragt. Mit Blick auf den Einsatz digitaler Medien stellt ein Drittel der befragten Kinder und Jugendlichen fest, dass der Unterricht wieder genauso stattfindet wie vor Corona. 44 Prozent sagen, dass nur „noch einige digitale Angebote“ an ihrer Schule gibt. Befragt nach verschiedenen Rahmenbedingungen für das Lernen, spricht sich die Hälfte der Schülerinnen und Schüler für Unterricht ausschließlich in der Schule aus. Mehr als jeder Zweite möchte den Schulstoff weitgehend von den Lehrkräften vermittelt bekommen, und 59 Prozent wollen einen vorgeschriebenen Stundenplan statt eigenständiger Zeiteinteilung. „Das Bedürfnis nach einem vertrauten Rahmen in dieser unsicheren Weltlage ist absolut verständlich“, sagt Dr. Thomas de Maizière, Vorsitzender der Deutsche Telekom Stiftung. „Es ist aber auch bedauerlich, dass die positiven Impulse aus der Corona-

Krise das Lernen offenbar nicht dauerhaft beeinflusst haben. Laut unserer letzten Umfrage 2021 haben viele junge Menschen aus der Zeit von Schulschließungen und Wechselunterricht einen geübteren Umgang mit digitalen Medien, bessere Selbstorganisation, mehr Eigenständigkeit beim Lernen mitgenommen. Hier muss es nun darum gehen, all das nachhaltig zu verankern. Die jetzt vorhandene bessere Technik reicht für gute Bildung nicht aus.“

Verbliebene Lernrückstände bereiten weniger Sorgen

Deutliche Lernlücken nehmen aktuell nur noch 12 Prozent (Vorjahr: 27 Prozent) der Kinder und Jugendlichen bei sich wahr, 47 Prozent meinen, etwas im Rückstand zu sein. Entsprechend machen sich auch weniger von ihnen deswegen Sorgen, nämlich 17 Prozent – statt 38 Prozent 2021. Rund jeder Zweite, der nach eigener Aussage Lernlücken hat, unternimmt heute aktiv etwas dagegen. Das ist mehr als im vergangenen Jahr.

63 Prozent der befragten Eltern wissen um Aufholangebote der Schule ihres Kin-

BURNOUT • DEPRESSIONEN • ÄNGSTE • TRAUMA

Der richtige Ort, um gesund zu werden!



klinik wersbach

Klinik für Psychosomatik, Psychiatrie und Psychotherapie

Schnelle Hilfe für die Seele

Stationär • Teilstationär

Unsere Kooperationspartner





Wir sind für Sie da!

Tel.: (0 21 74) 398-0

www.klinik-wersbach.de

Wersbach 20 • 42799 Leichlingen-Witzhelden • Tel.: (0 21 74) 398-0 • Fax (0 21 74) 398-398 • info@klinik-wersbach.de






Anzeige

Missstände benennen, Lösungen finden, Frauen stärken

Abhängigkeitsverhältnisse und sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen im Fokus der Frauenarbeit

Auf der letzten politischen Frauentagung der dbb bundesfrauenvertretung im September 2022 in Stuttgart bildete der Austausch der Frauen zu übergriffigem Verhalten im beruflichen Alltag des öffentlichen Dienstes einen wesentlichen Schwerpunkt. Abhängigkeitsverhältnisse und ungleiche Behandlung von Frauen innerhalb der Dienststellen, aber auch in der gewerkschaftlichen Tätigkeit waren zudem intensive Diskussionspunkte.



Kerstin Jonas, VDL Hessen (links) und Nicole Weiß-Urbach, VRB Rheinland-Pfalz ...

„Der Schutz vor sexualisierter Gewalt am Arbeitsplatz gelingt nur, wenn wir eine Kultur des Vertrauens in den Dienststellen aufbauen. Übergriffiges Verhalten muss klar verurteilt und Betroffenen vorurteilsfrei begegnet werden“, stellte Milanie Kreuzt am 23. September 2022 im Rahmen einer Podiumsdebatte mit Landtagsabgeordneten von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP klar. Konkret wurde ein Fall von sexueller Belästigung im Polizeidienst in Baden-Württemberg aufgezeigt. Die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung sprach sich für die Einrichtung von unabhängigen Anlaufstellen im dienstlichen Umfeld aus, die Gewaltopfern schnelle, niedrigschwellige und unbürokratische Hilfe bieten und dabei unterstützen, Täter konsequent zur Verantwortung zu ziehen. Es sei auch Sorge dafür zu tragen, dass übergriffige Vorgesetzte zur Rechenschaft gezogen werden.

Aufgaben und Aktivitäten der dbb bundesfrauenvertretung

Im Rahmen der Hauptversammlung machte Milanie Kreuzt zudem deutlich, dass die dbb bundesfrauenvertretung auch in den vergangenen Monaten zahlreiche Gespräche mit Parteien geführt habe mit dem Ziel, diese für gewerkschaftliche Tätigkeit noch stärker zu sensibilisieren. Daher arbeite die Frauenvertretung aktiv an einem Modellprojekt für die obersten Bundesbehörden zur Thematik „Führen in Teilzeit“ mit. Der Pilot dazu sei bereits gestartet, ein Austausch mit den Parteien und allen Ministerien darüber solle noch im Herbst starten.

Zudem habe es Besuche bei diversen dbb-Landesverbänden gegeben, man habe den Frauenkongress in Berlin ausgerichtet, ein Mentoringprojekt mit Angeboten in digitaler und Präsenzform gestartet, die Vorsitzende habe an der Bundeshauptvorstandssitzung in Kiel teilgenommen und 25 Jahre Frauenver-

tretung im PhV mitgefeiert sowie zahlreiche andere Veranstaltungen besucht. Auch für das nächste halbe Jahr seien zahlreiche Termine geplant.

Vorbereitung des dbb Gewerkschaftstags im November 2022 in Berlin

Einen weiteren, wesentlichen Teil der Tagung verbrachten die angereisten Vertreterinnen aus den dbb-Landesbünden und -Mitgliedsverbänden mit der Vorbereitung des Gewerkschaftstags im November. So wurden die Anträge der Frauenvertretung besprochen und zum Teil inhaltlich überarbeitet. Die Frauen sprachen sich unter anderem entschieden gegen eine Forderung nach 24-Stunden-Kitas aus und betonten vehement die Notwendigkeit einer stärkeren Berücksichtigung von Frauen bei Aufstiegsmöglichkeiten.

Auch die Repräsentanz von Frauen in den Landes- und Bundesvorständen der dbb-Verbände und -Landesbünde wurde thematisiert. Zahlreiche Anwesende berichteten, dass die Anzahl der Frauen in den Gremien noch immer zu niedrig sei und man Männer für hochrangige Posten bevorzuge.

Zeit und Raum zum Austausch

Neben einer vollgepackten Tagesordnung für die Hauptversammlung gab es bei Kaffeepausen, beim Mittagessen und natürlich auch bei der Abendveranstaltung am Donnerstag genügend Zeit für einen kollegialen Austausch der Frauen. Die Highlights bildeten dabei der Besuch in der Grabeskirche der Katharina von Baden-Württemberg und die anschließende Einkehr in einem Traditionslokal mit badischer Küche.

Text: Kerstin Jonas
jonas@vdl-hessen.info



BREMERHAVEN
MEER ERLEBEN!

Unsere Zukunft verstehen



Wie schaffen wir **Freiheit für alle?**
Wohin steuern Mensch & Meer in **Zukunft?**
Was machen wir bloß mit dem **Klima?**
Wie erhalten wir die **Vielfalt des Lebens?**
unserezukunftverstehen.de

HAVENWELTEN
BREMERHAVEN

DEUTSCHES
AUSWANDERER
HAUS
GERMAN
EMIGRATION
CENTER

Deutsches
Schiffahrts
Museum

KLIMAHaus®
BREMERHAVEN

Zoo am Meer
Bremerhaven



LÄNDERSPIEGEL

Entfachlichung des Lehramtstudiums, Lehrkräftemangel, hinkende Digitalisierung – die Schiefelage ist allorts enorm und der Nachholbedarf zur Steigerung der Attraktivität des Lehrberufes dringend notwendig.

→ BAYERN



Jürgen Böhm

Mit dem Positionspapier „Fahrplan 23 – Klarer Kurs für beste Bildung!“ kommunizierte der Bayerische Realschullehrerverband (brlv) zum Beginn des neuen Jahres gemeinsam mit der Vereinigung Bayerischer Realschuldirektorinnen und -direktoren (VBR) und dem Landeselternverband Bayerischer Realschulen (LEV-RS) vier Bildungsforderungen für das Jahr 2023. Neben einer Stärkung der schultartspezifischen und fachbezogenen Lehrkräfteausbildung an den Universitäten für das Realschullehramt, einer Anhebung der Besoldung im Realschulbereich unter besonderer Berücksichtigung von Aufgaben, Verantwortung und fachspezifischer Ausbildung sowie dem weiteren Ausbau der integrierten Lehrerreserve auf drei Lehrkräfte je Realschule wurde auch die Schaffung einer weiteren Altersermäßigung für alle Lehrkräfte ab dem 64. Lebensjahr gefordert. Der brlv äußerte sich darüber hinaus zum Einsatz von KI-Systemen an Schulen und sprach sich dafür aus, die KI-Kompetenz zu fördern und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zu schaffen. Digitalbeauftragter Ferdinand Stipberger bekräftigte in diesem Zusammenhang: „Wir dürfen solche technologischen Innovationen weder kategorisch ablehnen noch verbieten“.

Mitte Januar übernahm brlv-Landesvorsitzender Jürgen Böhm die Präsidentschaft der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl). In der abl arbeiten seit über vierzig Jahren der brlv, der bpv, die KEG und der VLB erfolgreich zusammen und setzen sich für über 150.000 bayerische Lehrkräfte ein, die insgesamt rund 1,7 Mio. Schülerinnen und Schüler des in 22 Schularten differenzierten bayerischen Bildungssystems unterrichten. In einer gemeinsamen Pressemitteilung wurden „Vier Kernforderungen für beste bayerische Bildung im Wahljahr 2023“ veröffentlicht:

1. Differenzierte Lehrkräfteausbildung stärken!
2. Anpassung der Besoldung gemäß Qualifikation, Funktion und Verantwortung!
3. Bessere Abrechnungsmöglichkeiten bei Mehrarbeit schaffen!
4. Angebote zur Entlastung für alle Lehrkräfte in den letzten Dienstjahren ausbauen!

In weiteren Statements und Pressemitteilungen warnte der brlv die Politik eindringlich davor, eine Aufweichung des differenzierten bayerischen Schulsystems zuzulassen sowie das Lehramtstudium zu entfachlichen und zu vereinheitlichen.

→ NORDRHEIN-WESTFALEN

Mit dem am 14. Dezember 2022 vorgestellten Handlungskonzept zur Unterrichtsversorgung wagt die schwarz-grüne



Sven Christoffer

Landesregierung einen schwierigen Spagat. „Angesichts 8.000 unbesetzter Lehrerstellen geht es darum, mehr Quantität in Gestalt von Lehrpersonal ins System Schule zu bringen, dabei aber die Qualität des Unterrichts nicht aus den Augen zu verlieren. Es besteht die Gefahr, dass die Balance zwischen Quantität und Qualität verloren geht“, sagt der lehrer nrw Vorsitzende Sven Christoffer.

Schulministerin Dorothee Feller setzt stark auf den Seiteneinstieg, um kurzfristig mehr Lehrpersonen an die Schulen zu bringen. „Ohne vermehrten Seiteneinstieg wird es nicht gehen. Entscheidend im Sinne der Bildungsqualität ist, dass die Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger intensiver als bisher qualifiziert werden. Am Ende muss in der Regel das 2. Staatsexamen stehen. Das sind wir nicht nur der Schülerschaft und ihrem Recht auf bestmögliche Bildung schuldig, sondern auch den Seiteneinsteigenden. Andernfalls wächst aufgrund schlechter Bezahlung und fehlender Aufstiegsperspektiven eine große Gruppe Berufsfrustrierter heran“, betont Christoffer.

Wer aber über eine verbesserte Qualifizierung von Seiteneinsteigerinnen und -einstiegern nachdenkt, muss auch über diejenigen nachdenken, die das leisten sollen: die Fachleitungen. Sie erfüllen an der Schnittstelle zwischen Universität und Schule eine eminent wichtige Aufgabe in der Lehrerbildung, werden dafür aber im Sek I-Bereich mit einer schmalen Zulage von 153 Euro abgespeist. Die Folge ist ein gravierender Mangel an Fachleiterinnen und Fachleitern. „Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung im Sek I- und Grundschulbereich die Fachleitungsbesoldung anpackt. Ansonsten droht ein Bildungsdebakel mit Ansage“, warnt Christoffer.

Das Maßnahmenpaket der Landesregierung enthält einige positive Ansätze, etwa im Bereich Bürokratieabbau oder Entlastungen für Lehrkräfte. Anderes wiederum ist bedenklich, zum Beispiel die geplante Beschneidung von Teilzeitmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer. „Das ist ein fatales Signal. Wertschätzung darf sich nicht in einer Kampagne erschöpfen, sondern muss gelebt werden. Wie soll der

Lehrkräfteberuf für künftige Generationen attraktiver werden, wenn man ihn in der Gegenwart noch unattraktiver macht?“, so Christoffer.

Zumindest ein Schreckgespenst konnte – vor allem dank des konzertierten Widerstandes der Lehrerverbände – vertrieben werden: Als die Ministerin im Vorfeld den Verbänden, Gewerkschaften und Hauptpersonalräten den Entwurf ihres Handlungskonzeptes im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit vorgestellt hatte, fand sich unter den dienstrechtlichen Maßnahmen auch der Punkt „Vorgreifstunde“. In den Diskussionsrunden war die Welle des Widerstands jedoch groß, was letztlich dazu geführt hat, dass das Ministerium von der Maßnahme (zumindest vorerst) Abstand genommen hat. lehrer nrw hat hier eine gute Rolle gespielt – und damit nebenbei bewiesen, wie wichtig Verbandsarbeit im bildungspolitischen Diskussionsprozess ist.

→ HESSEN



Jörg Leinberger

Pünktlich zum Jahresbeginn 2023 teilte das Hessische Kultusministerium auf Anfrage des Deutschen Schulportals mit, dass „die Lehrstellenzuweisung in Hessen zu Beginn des Schuljahres 2022/23 im Durchschnitt bei 134 Prozent und damit um mehr als ein Drittel über der für die Abdeckung des Stundenplans erforderlichen Grundunterrichtsversorgung“ lag und man in Hessen folglich nicht von einem größeren Lehrkräftemangel sprechen könne. Zudem lobte sich das Ministerium dafür, dass „die Ausweitung der Studienplatzkapazitäten (im Bereich Grundschule um fünfzig Prozent), Programme zur Weiterqualifikation von Lehrkräften für den Einsatz in anderen Lehrämtern, verschiedene Quereinsteigsprogramme und die hohe Bereitschaft zur Unterstützung im Ruhestand, zur Verlängerung der Dienstzeit, zur Aufstockung in Teilzeit oder Arbeit in Elternzeit“ zur Eindämmung des Lehrkräftemangels beigetragen hätten (Quelle: Deutsches Schulportal). Im Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen zeigt sich, dass Engpässe in der Unterrichtsversorgung vor allem lokal und temporär zu verzeichnen/verorten sind. Insbesondere in den Grund-, Haupt- und Realschulen ist ein zunehmender Mangel von schulform-

bezogenem Fachpersonal festzustellen. Immer häufiger wird der Unterricht durch Abordnungen aus dem Berufsschul- und Gymnasialbereich abgedeckt oder aber über Zeitverträge durch Personal ohne 1. und 2. Staatsexamen. Das Hauptproblem in Hessen besteht darin, dass sich die Lehrkräfteverteilung sehr ungleich gestaltet. Dies ergibt sich zum einen dadurch, dass Lehrkräfte aus hessischen Randgebieten in andere Bundesländer abwandern. Zum anderen haben wir im Rhein-Main-Gebiet hohe Lebenshaltungskosten sowie viele Brennpunktschulen, die die Attraktivität des Einsatzes mindern. Daher kommt es stellenweise zu einer „Stadtflucht“ bei den fertig gewordenen Studentinnen und Studenten sowie Junglehrkräften.

Die schwarz-grüne Landesregierung startete bereits mit einem längst überfälligen Zugeständnis für die hessischen Lehrkräfte in das Jahr 2023 und eröffnete mit dem Versprechen „A 13 für Grundschullehrkräfte“ den Wahlkampf für die Landtagswahlen in Hessen, die im Oktober des Jahres stattfinden werden. Auch wenn die Besoldung angehoben wird, so erfolgt dies – zum Leidwesen der Lehrkräfte – sukzessive, bis sie im Jahr 2028 endlich bei A 13 angelangt sein wird. Neben dem üblichen Wahlkampfgebaren erwarten die hessischen Lehrkräfte keine weiteren großen Würfe für das Jahr 2023.

Der VDL Hessen wird im Juni 2023 in Fulda die Weichen innerhalb des Verbands neu stellen und im Rahmen der Landesvertreterversammlung den Vorstand neu wählen.

→ SAARLAND



Karen Claassen

Nun hat es das Saarland erneut in die „Zeit“ geschafft: „Schulbildung im Saarland: Digitaler Holzweg“ so titelte die Zeitung am 8. Januar 2023 – und wie man lesen kann, nicht mit einer Eloge auf die Digitalisierung im Land, mit der Ankündigung der Bildungsministerin nun die Schulbücher abzuschaffen und auf digitale Formate zu setzen, sondern mit einem kritischen Blick auf eben jene Entwicklung. Der VRB hatte schon vor Jahren beim Thema Inklusion darauf hingewiesen, dass man kein Konzept als sofort funktionierend ansehen kann, wenn man vorher dafür „kein Nest“ geschaffen hat. Nun sehen wir,

auch in diesem Fall wird über etwas geredet, etwas verordnet, ohne im Vorfeld abzuklären, ob die Bedingungen dafür geschaffen wurden. Digitale Schulbücher erfordern als vorgegebenes Unterrichtsmittel: eine stabile Infrastruktur in der Schule, aber auch im Elternhaus, was Hardware, WLAN, funktionierende Lizenzen und Wartungsressourcen durch Fachkräfte einschließt.

Erproben, Beurteilen und Verbessern brauchen Zeit und auch Erfolge.

Die IQB Studie verursachte ebenso ein Erdbeben. Bereits bei Ihrer Amtseinführung sprach Claassen: „Der Verfall der Leistungsorientierung hat für die Schüler Auswirkungen am Arbeitsmarkt und erschwert eine zügige Einbindung in ihre berufliche Zukunft.“ Das war 2016. 2022 blieben immer mehr Ausbildungsplätze mangels Qualifikation unbesetzt.

Seit etwa zehn Jahren ist eine spürbare Abnahme des Bildungsniveaus zu beobachten und wird in Studien dokumentiert. Eine Veränderung der Lehrpläne gab es in dieser Zeit nicht. Weder die Zunahme von Schülern mit Migrationshintergrund seit der Flüchtlingskrise, noch die gesetzlich festgeschriebene Einführung der Inklusion veränderten diese Lehrplanvorgaben. Die Klassen wurden größer, die Heterogenität der Schüler stieg enorm und die Priorität der Politik zur Akademisierung blieb erhalten.

Des Weiteren ist nun der Lehrermangel spürbar auch im Saarland angekommen. Unserer Meinung nach entsprechen die von der Politik vorgelegten und finanzierten Planstellen nicht den notwendigen, an der Unterrichtsrealität angepassten Lehrerversorgung. Hier muss nachgesteuert werden, um die schwierigen Bedingungen an den Schulen gut meistern zu können, um die somit dringend gebrauchten Lehrer in die Schulen zu bringen.

Erste Bundesländer wie Brandenburg sprechen über „schnelle“ Lösungen, indem man einfach die Lehrerbildung aufweichen möchte und Qualitätsverluste akzeptiert. Unterschiedliche Schulformen haben z.T. sehr unterschiedliche Ansprüche und dies muss in der Ausbildung beachtet werden. Der „Einheitslehrer“ wird nicht die Antwort auf die heterogene Schülerschaft sein, so Claassen.

Tipps, Termine, Tagungen

Veranstaltungen des Verbandes



Das lesen Sie in der nächsten Ausgabe

- Künstliche Intelligenz
- Wie verändert KI unser Leben?
- Wie kann KI uns an der Schule unterstützen?
- Kann KI die Schülerinnen und Schüler fördern?
- Können Lehrkräfte von KI profitieren?
- Rückblick auf die DIDACTA in Stuttgart
- Zukunftstag Mittelstand in Berlin
- Aktuelles aus der Verbandsarbeit

Die Künstliche Intelligenz und ihre Auswirkungen auf Schule und Gesellschaft sind das Schwerpunktthema unserer Juli Ausgabe



Foto: Adobe Stock

Anzeige



DEKIMED®

Celenus Deutsche Klinik für Integrative Medizin
und Naturheilverfahren

Fachzentrum für Innere Medizin/Stoffwechsel,
Psychosomatik und Orthopädie
Prof.-Paul-Köhler-Str. 3 | 08645 Bad Elster
kostenlose Hotline: 0800/751 11 11
info@dekimed.de | www.dekimed.de
Ein Unternehmen der Celenus salvea Gruppe



- Erschöpfung, Überlastungs- und Burn-out-Syndrom
- Depressionen und Ängste
- Chronische Rückenbeschwerden und Schmerzen
- Herzkreislauf-Erkrankungen
- Stoffwechselerkrankungen

Von allen Kostenträgern zur stationären Vorsorge und Reha anerkannt



BB Bank
Better Banking

Das junge Girokonto¹

So leicht kann Banking sein.

- ✓ **Kein Kontoführungsentgelt**
kostenfrei enthalten: girocard
(Ausgabe einer Debitkarte)¹
- ✓ **BBBank Banking-App**
Apple Pay, Multibanking-Funktion,
Foto-Überweisung und vieles mehr
- ✓ **Weltweit gebührenfrei²**
Geld abheben mit der
kostenfreien Visa DirectCard²
(Ausgabe einer Debitkarte)

 **Jetzt informieren**
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbank.de
und auf www.bbbank.de



Einfach online abschließen:
www.bbbank.de/jungeskonto

¹ Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. ² 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres 0,- Euro p. a., danach 18,- Euro p. a.



W
DoppelVorteil
V

Wohnwünsche realisieren – doppelt profitieren. Kompetente Beratung und exklusive Vorteile für Sie und Ihre Familie.

Den Traum vom Eigenheim realisieren, die Anschlussfinanzierung regeln oder die erforderlichen Modernisierungs-Maßnahmen umsetzen. Vertrauen Sie auf die Sicherheit und Kompetenz Ihrer Bausparkasse für den öffentlichen Dienst.

dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen (Ehe-/Lebenspartner, Kinder, Enkel) profitieren zusätzlich: halbe Abschlussgebühr beim Bausparen und attraktive Zinsvorteile in der Baufinanzierung.

dbb.wuestenrot-doppelvorteil.de/beratung

Besuchen Sie unsere Wüstenrot-Service-Center oder kontaktieren Sie uns per

E-Mail: dbb@wuestenrot.de

Telefon: 0228 2590-1532

 wohnen heißt
wüstenrot

Eine Bausparkasse für den öffentlichen Dienst

**Partner im
dbb vorsorgewerk**

 **wüstenrot**